

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
bestimmte und generelle Anzeigen 30 Pf.

Erscheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 4. Dezember 1914.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der Kampf steht auf beiden Fronten.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die „Times“ über die englischen Verluste.

London, 3. Dezember. (W. Z. B.) Der militärische
Korrespondent der „Times“ gibt die Verluste auf
84 000 Mann an, was ungefähr der ursprünglichen Stärke
des britischen Heeres entspreche, als es ins Feld rückte.

Typhusepidemie in Calais.

London, 3. Dezember. (W. Z. B.) Die britische Kolon-
stranz-Gesellschaft hat zur Bekämpfung der Typhusepidemie in
Calais 10 000 Pf. Sterk bewilligt.

Die Verheerung von Reims.

Zürich, 3. Dezember. (W. Z. B.) Wie die „Neue
Zürcher Zeitung“ aus Turin meldet, ist nach Pariser Berichten
der „Gazette del Popolo“ die Lage von Reims furcht-
bar. Die deutschen Schützengräben sind bis 1800 Meter an
die Vorstädte herangerückt.

Die Kriegsdauer.

London, 3. Dezember. (W. Z. B.) Die „Westminster
Gazette“ schreibt: Die Dauer des Krieges muß davon
abhängen, welche Friedensbedingungen wir erreichen.
Wenn wir unsere Friedensbedingungen durchsetzen und die
Welt von dauernder Bedrohung befreien wollen, dürfen wir
nicht von einem schnellen Friedensschluß
träumen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Schlacht zwischen Warthe und Weichsel.

Paris, 3. Dezember. (T. U.) Nach einer Mitteilung des
„Matin“ nimmt die Schlacht zwischen Warthe und Weichsel einen
immer weiteren Umfang an. Die Deutschen setzen diesmal
ihre Verstärkungen nicht auf einen Schlag, sondern nur stü-
ckweise ein. Diese Verstärkungen betrage insgesamt 11 Armeekorps,
außerdem die 7. österreichische Reiterdivision unter
General Karb.

Spannung in Petersburg.

Kopenhagen, 3. Dezember. (W. Z. B.) „Politiken“ gibt folgende
Meldung der Londoner „Times“ aus Petersburg wieder: Die
Spannung wartet ungeduldig auf Nachrichten aus Polen. Die vor-
liegenden Meldungen tragen dazu bei, die Spannung zu erhöhen.
Trotz der klimatischen Schwierigkeiten halten die Deutschen ihre
Stellungen bei Lodz und Warschau, sie haben den Russen sehr schwere
Verluste zugefügt. Jetzt erwarten sie Verstärkungen, aber woher soll
Deutschland Verstärkungen nehmen?

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. De-
zember, vormittags. (W. Z. B.)

Auf beiden Kriegsschauplätzen hat sich
nichts Besonderes ereignet.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird verlan-
bart: 3. Dezember mittags: Unsere Situation auf dem
nordöstlichen Kriegsschauplatz hat sich gestern nicht
geändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Generalmajor.

Wilhelm II. in Breslau und Czestochau.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. De-
zember. (W. Z. B.)

Seine Majestät der Kaiser hatte gestern in Breslau
eine Besprechung mit dem Oberstleutnantmandierenden
des österreichisch-ungarischen Heeres,
Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Erzherzog
Friedrich, der von Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit
dem Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef und dem Chef
des Generalstabes, General der Infanterie Freiherrn
Konrad von Hockendorf, begleitet war. Später besuchte der
Kaiser die Verwundeten in den Lazaretten der Stadt.
Oberste Heeresleitung.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. De-
zember. (W. Z. B.) Seine Majestät der Kaiser besuchte
heute Teile der in der Gegend von Czestochau kämpfen-
den österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen.
Oberste Heeresleitung.

General Rennenkampf gemäßigert?

London, 2. Dezember. (W. Z. B.) Die „Morningpost“ meldet
aus Petersburg: General Rennenkampf ist vom Oberbefehl
enthoben, weil er in der Konzentrationsbewegung zur Ein-
schließung der Deutschen seine Stellung zwei
Tage zu spät einnahm.

Eine Einigung Polens.

Mailand, 3. Dezember. (T. U.) In Warschau hat sich ein politisches
Komitee gebildet, das eine Einigung Polens unter russischer Ober-
hoheit proklamiert. Ihm sind Mitglieder der Duma, des Staats-
rats und der Verwaltungskörperschaften beigetreten. In einem Auf-
ruf bezeichnet das Komitee Deutschland als den größten Feind des
Polenvolkes und sagt, das galizische Freiwilligenkorps habe keinen
Kassand der Polen gegen Rußland hervorgebracht. (Transf. Bg.)

Vom österreichisch-serbischen
Kriegsschauplatz.

Kampfslose Preisgabe Belgrads.

Wien, 3. Dezember. (W. Z. B.) Vom südlichen Kriegs-
schauplatz wird amtlich gemeldet: 3. Dezember: Siegreiches Vor-
dringen unserer Truppen über die Kolubara hat den Gegner ge-
zwungen, Belgrad, dessen Verteidigungsanlagen gegen Norden
gerichtet waren, kampfslos preiszugeben, um nicht die
dortige Befestigung der Gefangennahme auszuliefern. Unsere Truppen
sind über die Save und aus südwestlicher Richtung in Belgrad ein-
gedrungen und haben die Höhen südlich der Stadt besetzt. Die öffent-
lichen Gebäude, auch die Gesandtschaftspaläste Deutschlands und
Österreich-Ungarns wurden sofort militärisch gesichert. An den
übrigen Teilen der Gefechtsfront kam es gestern, da der Feind im
Rückzuge und die eigenen Kolonnen auf den grundlosen Wegen nur
langsam vorwärts konnten, nur zu kleineren Kämpfen mit feindlichen
Nachhuten, von denen circa zweihundert Mann gefangen
wurden.

Das französische Gelbbuch.

Die französische Regierung veröffentlicht durch die Agence
Havas eine Analyse des französischen Gelbbuchs, aus der
dessen Tendenz, Deutschland die Verantwortung für den Aus-
bruch des Krieges zuzuschreiben, deutlich erkennbar wird.
Wir geben nach der „Arenz-Zeitung“ die wichtigsten Aus-
führungen der Analyse wieder:

Schon am 24. Juli machte Deutschland am Duai d'Orsay eine
drohende Mitteilung, um jeder ausländischen Intervention zuvor-
zukommen, die geeignet wäre, die Unterwerfung Serbiens zu ver-
hindern. Am anderen Tage weigerte es sich, sich dem Gesuch um
Verlängerung der diesen Lande gestellten Frist anzuschließen. Am
26. Juli bemühte es sich sodann, Frankreich bloßzustellen, indem es
dieses in den gemeinsamen Druck auf Petersburg hineinzu-
bringen trachtete. Am 27. Juli weiß v. Jagow den von England
gemachten Vorschlag einer Konferenz zurück. Am 28. Juli weigert
sich Deutschland hartnäckig, trotz der fast vollständigen Unter-
werfung Serbiens, in Wien vorzugehen. Am 29. Juli weigerte sich
der deutsche Staatssekretär immer noch, sich über den englischen
Vermittlungsversuch auszusprechen. In gleicher Zeit und wäh-
rend die deutschen militärischen Vorkommnisse fortwährten, wider-
sprach Deutschland einem deutschen Schritt zur Entschärfung der
Vorbereitenden Verhandlung bei England, Rußland und
Frankreich mit Bezug auf deren Verteidigungsvorbereitungen.
Bereits ist die allgemeine deutsche Mobilisierung be-
trachtet worden und von den offiziellen Mätern angezeigt. Sie
wird erst in der letzten Minute noch hinausgeschoben. Am 30. Juli
enthielt sich die kaiserliche Abfahrt Deutschlands noch mehr.
v. Jagow erklärte, ohne sich mit Wien zu verständigen, die russi-
schen Verständigungsvorschläge für unannehmbar, wäh-
rend Österreich sich geneigt gezeigt hätte, sie anzunehmen. Deutsch-
land sah die österreichische Haltung als eine für die russische
Haltung, es löstete seine Kasse und erließ das für eine Grenz-
macht unannehmbare Ultimatum, in welchem es Rußland auf-
forderte, innerhalb zwölf Stunden zu demobilisieren, nicht bloß
an der deutschen, sondern auch an der österreichischen Grenze. Als
Cambon den deutschen Staatssekretär v. Jagow an seine Erklärung
erinnerte, Deutschland werde nicht mobilisieren, wenn Rußland nur
an der galizischen Grenze mobilisieren werde, bemerkte dieser,
daß sei keine feste Verpflichtung gewesen. Es ist somit deutlich fest-
gestellt, daß Deutschland den Krieg wollte, andererseits
gleich der verächtliche Welt Frankreichs und seine Teilnahme an
allen in Paris, Berlin, Wien London und Petersburg unter-
nommenen Vermittlungsversuchen, ob der Konflikt einzuschließen,
zu mildern oder zu lösen wäre, obiger direkt entgegengesetzten
Politik.

Frankreich hatte Serbien angeboten, alle Konzeptionen zu machen,
die mit seiner Würde eines souveränen Staates vereinbar gewesen
wären. Es unterstüßte das Verlangen Rußlands, eine Freilassung-
erklärung zu erhalten, und schloß sich dem englischen Vermittlungs-
vorschlag an. Es ging in Berlin und Wien vor, indem es auf die
Unterwerfung Serbiens hinwies, ebenso, indem es die Aus-
richtigkeit der russischen Verständigungsvorschläge und des
englischen Vermittlungsangebots hervorhob. Alle seine An-
strengungen blieben indessen vergeblich angesichts der Weigerung
Deutschlands, das am 1. August Rußland den Freilassungsschub hin-
warf. Indessen verzweifelte der französische Minister des Aeußeren
noch nicht. Er war erlaunt zu sehen, daß Herr v. Schoen seine
Abreise an dem Tage vorbereitete, als die Verständigung zwischen
Wien und Petersburg nahezu verwirklicht war, und der überaus feine
deutsche Botschafter stellte seine Vorbereitungen ein und verlangte
Instruktionen; aber wenige Stunden später erklärte Deutschland
Frankreich den Krieg.

Das Gelbbuch bestätigt das Orangebuch durch die Veröffent-
lichung der zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser ge-
wechseltene Telegramme, aus denen sich ein Eindruck ergibt, der dem
durch das deutsche Gelbbuch erweckten genau entgegengesetzt ist.
Wilhelm II. hatte als erster Verlust, seinen persönlichen Einfluß
auf den Zaren geltend zu machen, damit dieser Serbien preisgebe.
Nikolaus II. erwiderte, indem er Wilhelm II. bat, in Wien zu inter-
venieren; aber der Kaiser zeigte sich diesem Vorschlag nicht geneigt
und suchte nur den Zaren zu bewegen, der Vernichtung Serbiens
zuzustimmen, oder aber die Verantwortung für den Krieg auf Ruß-
land zu schieben. Während der Zars seine Antwort gab, daß die
russischen Truppen während der Verhandlungen mit Österreich un-
wichtig bleiben sollten, weigerte sich der Deutsche Kaiser, die nämliche
Verpflichtung auf sich zu nehmen und forderte den Zaren auf, zu
demobilisieren.

Ein neutrales Urteil.

Kopenhagen, 3. Dezember. (W. Z. B.) „Politiken“
schreibt: Das französische Gelbbuch bringt nichts Neues über die
Schuld am Ausbruch des Krieges. Wenn das Gelbbuch betont, daß
die deutsche Militärpartei den Ausbruch des Krieges wünschte, so
vergibt es, daß auch in Rußland eine große Militärpartei auf den
Ausbruch des Krieges drängte. Für Dänemark ist wertvoll, daß das
Gelbbuch betont, daß Deutschland einen Neutralitätsbruch der drei
skandinavischen Reiche in keiner Weise beabsichtigte, wie die politische
Galtung dieser Staaten es auch bewiesen hat.

Der Seekrieg.

Wieder ein Unterseeboot im Spiel?

München, 3. Dezember. (B. Z. V.) Die Münchener Neuesten Nachrichten melden aus Amsterdam: Das englische Dampfschiff „Earl of Aberdeen“ wurde, wie „Central News“ berichten, zwischen Aberdeen und Hull durch ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Notiz des Wolffschen Telegraphenbureaus: Nach anderer Meldung soll der Dampfer ein englisches Unterseeboot gerammt haben, in Hull festgehalten und Kapitän und Besatzung verhaftet sein.

Amerikanischer Protest.

New York, 3. Dezember. (B. Z. V.) „New York Herald“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat einen allgemeinen Protest bei der englischen Regierung gegen die Inanspruchnahme des Rechts erhoben, amerikanische Ladungen zu beschlagnahmen, die aus bedingter Kontenbande bestehen, für neutrale Häfen bestimmt und an bestimmte Personen konsigniert sind.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Besetzung von Neu-Guinea.

Amsterdam, 3. Dezember. (B. Z. V.) Jetzt eingetroffene australische Zeitungen berichten eingehender über die Besetzung von Deutsch-Neu-Guinea, die im November durch australische Truppen vorgenommen wurde. Eine 150 Mann starke Landungstruppe wurde am 11. November von 8 Deutschen und 40 Eingeborenen angehalten. Nach heftigen Kämpfen erfolgte die Uebergabe. Inzwischen hatte Oberst Watson mit vier Kompanien, einem Maschinengewehr und einer Kanone Herbertshöhe besetzt, ebenso den Verwaltungssitz Rabaul. 400 Deutsche mit 800 Eingeborenen hatten sich jedoch auf Toma ins Gebirge zurückgezogen mit ihrem Gouverneur Dr. Dahl. Es begann eine regelrechte Belagerung, wobei ein englisches Kriegsschiff mit schwerem Geschütz eingriff. Am 21. November erfolgte die Uebergabe. Dr. Dahl wurde auf Ehrenwort freigelassen. Ihm wurde erlaubt, mit der nächsten Schiffgelegenheit nach Deutschland zu gehen. Die Offiziere wurden gefangen genommen. Die Mannschaften blieben gegen Neutralitätsklärung auf freiem Fuß.

Tsingtau als japanischer Kriegshafen.

Aus der Schweiz, 3. Dezember. (Z. N.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Der Hafen von Tsingtau ist zum japanischen Kriegshafen erster Klasse erklärt worden. Handelschiffen ist kein Zutritt gestattet.

Explodierte Flattermine.

Tokio, 3. Dezember. (Z. N.) Am 19. November explodierte an der Nordostfront Tsingtaus eine Flattermine, tötete einen Offizier und achtzehn Soldaten. Zwei Offiziere und 36 Soldaten wurden schwer verwundet.

Der türkische Krieg.

Zur Lage in Aegypten.

Konstantinopel, 3. Dezember. (B. Z. V.) Der Führer der ägyptischen Nationalpartei Mohammed Ferid, der seit Jahren gegen die Besetzung Aegyptens durch die Engländer einen erbitterten Kampf führt und vom Ausbruch des europäischen Krieges an hier weilt, erklärte in einer Unterredung, er zweifle nicht daran, daß die osmanische Armee mit Leichtigkeit und bedeutend rascher, als man glaube, den Suezkanal überschreiten werde. Ebenso sehe außer allem Zweifel, daß die Engländer, die die Engländer verabsichten, sich erheben würden, sobald die osmanische Armee in Aegypten eindringen werde, nicht minder die Sudanesen, so daß die Engländer zwischen vier Feuer geraten würden, nämlich das der türkischen Armee, der Bevölkerung von Aegypten, der Senussi und der Sudanesen.

Die griechische Flotte.

Konstantinopel, 3. Dezember. (B. Z. V.) „Tanin“ erzählt, Griechenland werde in vierzehn Tagen wieder zwei Kreuzer mit je 5000 Tonnen Raummehle und vier Torpedobootezerstörer von je 1000 Tonnen erhalten, die auf englischen Werften erbaut worden seien. Die Besatzungen von 1200 Mann seien schon bereit.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Der Buren-Aufstand.

Johannesburg, 3. Dezember. (B. Z. V.) Eine Abteilung Buren hat sich in den Bergen des Magaliesgebirges festgesetzt. Der District Artilleriedirektor sendet Abteilungen aus, um Pferde und Getreide auf den Farmen zu requirieren.

Christian Dewet gefangen.

London, 3. Dezember. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Am 1. Dezember wird aus Pretoria gemeldet, daß Dewet gefangen genommen worden sei.

Pretoria, 3. Dezember. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Kommandant Brits berichtet, daß er am 1. Dezember Dewet auf der Farm Waterburg, 100 Meilen östlich von Masering, gefangen genommen habe. Dewet hatte in der Nacht des 21. November den Vaalflus überschritten und das Transvaal betreten. Er wurde von Kommandant Dudditt im Automobil verfolgt, entkam aber mit vier Anhängern und traf ein kleines Kommando, das sich im geheimen im Bezirk Schwellergende gebildet hatte und hauptsächlich aus Buren bestand, die aus dem westlichen Transvaal geflüchtet waren. Dewet rückte mit dieser Truppe so schnell in westlicher Richtung vor, daß die Bemühungen der Regierungstruppen, ihn zu umzingeln, ergebnislos blieben. Eine Reihe schwerer Gemütskurven begünstigte Dewet, da es unmöglich war, auf den schlechten Wegen Automobile zu benutzen. Dewet überschritt am 25. November die Eisenbahnlinie nördlich Devoondale. Kommandant Brits begann die Verfolgung von Brijburg aus und nahm am 27. November einen Teil des Kommandos Dewets unter Unterkommandant Bolmarans gefangen. Dewet hatte tags zuvor diese Abteilung verlassen und war weiter westlich gezogen. Die Verfolgung wurde

ununterbrochen fortgesetzt, und am 1. Dezember holte Brits Dewet auf der Farm Waterburg ein. Die Buren, 52 Mann stark, ergaben sich, da sie umzingelt waren, ohne einen Schuß abzugeben. Die Gesamtzahl der von Brits Gefangenen beträgt ungefähr 120, einschließlich des Kommandanten Dudditt und 5 Feldkornets. Die Verfolgung Dewets von Brijburg aus geschah mit Hilfe des Automobilkontingents von Brijwaterstrand unter Oberst Jordaan. Nur ein Bure wurde verwundet.

Deutsche in Marokko zum Tode verurteilt.

Nach einer Meldung des „Temps“ aus Casablanca wurden durch das dortige Kriegsgericht der ehemalige deutsche Konsularagent Brandt und sein Geschäftsteilhaber Jell zum Tode verurteilt, weil sie spioniert und den Eingeborenen Waffen verkauft haben sollen.

Kanadische Befürchtungen.

London, 3. Dezember. (B. Z. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Tausende von deutschen und österreichischen Reservisten befinden sich noch hier und veranstalten eine Strafenpropaganda gegen die Verbündeten. Während der letzten Monate trat unter ihnen, da sie unbeschäftigt sind und an der Rückkehr nach Europa verzweifeln, große Unruhe ein. Viele werden unzweifelhaft bereit sein, an irgend einem abenteuerlichen Unternehmen an der kanadischen Grenze teilzunehmen. Die Kanadier unteruchen sorgfältig die Deutschen, die aus den Vereinigten Staaten dort eintreffen. Die Bächen auf den Brücken des Niagaraflusses wurden vermehrt. Patrouillen durchstreifen Tag und Nacht die Gegend.

Die Iren und Deutschland.

London, 3. Dezember. (B. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Washington vom 28. November: Einer Chicagoer Depesche zufolge teilte Clarke, der Präsident der Vereinigten Irischen Gesellschaften Chicago, mit, daß der Deutsche Kaiser Sir Roger Casement das Versprechen gab, Irland zu befreien, wenn Deutschland siegreich sein würde. Clarke sagt, er kenne die deutschen Absichten betreffs Irland und werde sie in Waffenversammlungen und Demonstrationen bekannt geben, die gleichzeitig an verschiedenen Stellen Chicago unter den Auspizien des Deutsch-Irischen Bundes Amerikas stattfinden würden.

Die französischen Kriegsausgaben.

Paris, 2. Dezember. (B. Z. V.) Der „Progrès“ meldet: Die französischen Ausgaben im Kriegsmontat November betragen insgesamt 910 067 582 Franken.

Sasonow über die Lage Serbiens.

Der russische Minister des Aeußern Sasonow empfing am 28. November eine Deputation der Petersburger Abteilung des „Russischen Nationalverbandes“, die dem Minister ein Memorandum des Verbandes über Serbien überreichte und ihn ersuchte, alle Mittel zu ergreifen, um das verbündete Serbien vor der endgültigen Vernichtung zu schützen.

Sasonow teilte darauf der Deputation mit, auch er sei um das Schicksal Serbiens außerordentlich besorgt. Indessen sei in der letzten Zeit fast kein Grund mehr zur Unruhe vorhanden. Es seien ernste Garantien erhalten worden, daß Serbien von Bulgarien keine Gefahr drohe. Hierbei sei Bulgarien in Kenntnis gesetzt worden, daß es für seine Neutralität keine territoriale Kompensation beanspruchen dürfe. Allerdings, fügte der Minister hinzu, wenn Bulgarien bis Ende des Krieges eine wohlwollende Neutralität einhalten würde, so hoffe er, daß Serbien selber sich nicht weigern würde, Bulgarien den Teil Mazedoniens wiederzugeben, der unmittelbar an Bulgarien grenzt und am engsten mit ihm verknüpft ist.

Die lettische Sozialdemokratie und der Krieg.

Einen Bericht, der im Pariser „Golos“, dem Blatt unserer russischen Genossen, abgedruckt ist, entnehmen wir folgendes über die Stellung der Sozialdemokratie Lettlands zum Krieg: Obwohl die Nachrichten, die aus Rußland kommen, sehr spärlich sind, kann doch zweifellos festgestellt werden, daß die Sozialdemokratie Lettlands eine richtige Stellung zum Kriege eingenommen und sich nicht auf den Weg des nationalpolitischen Opportunismus hat mitreißen lassen. Unsere leitenden Institutionen haben versucht, sich mit den Vertretern der Petersburger Arbeiter zwecks gemeinsamer Aktionen in Verbindung zu setzen, es scheint aber, daß dies bisher nicht recht gelungen ist. Es kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß unsere Organisationen nicht zerstückelt sind und in den neuen, außerordentlich schwierigen Verhältnissen ihre Tätigkeit fortsetzen. Gleich zu Beginn des Krieges wurden die politischen Arbeiterblätter, unsere morgentlichen Zeitschriften wie auch unser Gewerkschafts- und Genossenschaftsorgan geschlossen, nun kommen aber Nachrichten, daß das Gewerkschaftsorgan bereits wieder erscheint und die Herausgabe politischer und theoretischer Broschüren vorbereitet wird.

Afghanistan und der Krieg.

Der bekannte Korrespondent der „Kowoje Wremja“, Argus, schreibt seinem Blatte aus London über die Lage in Afghanistan und über die Befürchtungen, die die englisch-indische Diplomatie hinsichtlich des Uebergreifens des Krieges nach Mittelasien hegt:

Wenn die Regierung und die Gesellschaft hier hinsichtlich der Empfindungen der Indier und Mohammedaner in Indien vollkommen beruhigt ist, so erregt die Haltung des Emirs von Afghanistan nicht wenig Zweifel. Er hat in einer Proklamation die strengste Neutralität erklärt, zugleich aber alle seine Truppen mobilisiert, als spiele sich der Krieg an den Grenzen Afghanistans ab und als müsse man die Uebergreifung der Grenzen von dem einen oder dem anderen Kriegführenden erwarten. Es ist bekannt, daß der Emir unter dem Einfluß türkischer Emisäre steht, hinter denen sich auch deutsche Orientalisten verbergen. Die englisch-indischen Kreise in London sind der Ansicht, der Emir warte nur auf die Gelegenheit, um einen Aufstand der Grenzvölker anzuzetteln, die die Oberhoheit Englands anerkennen, oder gar um sich an alle Mohammedaner Indiens mit einem Aufruf zu wenden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Eintritt der Türkei in die Reihe der kriegführenden Staaten auch bewirken wird, daß Habibullah-Chan die Maske der Neutralität abwirft. Dann natürlich hat Afghanistan die Rolle eines Pufferstaates zwischen Rußland und England ausgespielt und die beiden verbündeten Regierungen werden hinsichtlich Afghanistans einen neuen Vertrag schließen.

Gerade diese Aussicht scheint aber für England am wenigsten verlockend zu sein. Wird der Pufferstaat Afghanistan aufgegeben oder nach persischem Muster in „Einflußsphären“ geteilt, so steht die russische Landmacht vor den Toren Indiens. Grund genug für die Vorgesetzten der auswärtigen Politik des Parismus diese Aussicht in der „Kowoje Wremja“ frohlockend zu verkünden.

Ein Kriegsgefangener Engländer vor dem Kriegsgericht.

Unter dem Vorsitz des Majors von Tannenberg hatte gestern das Kriegsgericht der Immobilien Garde gegen den englischen Kriegsgefangenen Lonsdale zu verhandeln. Durch die Anklage wurde ihm das Verbrechen des tödlichen Angriffs gegen einen Vorgelegten vor versammelter Mannschaft, begangen im Felde, eine Straftat, die das Militärstrafgesetzbuch mit dem Tode, bei minder schweren Fällen mit lebenslänglicher oder mindestens zehnjähriger Freiheitsstrafe ahndet, zur Last gelegt. Der Angeklagte wurde bei einer Schlacht auf belgischem Gebiet gefangen genommen und mit einem größeren Transport Gefangener nach dem Lager in Döberitz gebracht. Abwechselnd mußten die dort in den Zelten 1 bis 10 untergebrachten Gefangenen heute und diejenigen der Zelte 11 bis 20 morgen arbeiten. Morgens um 8 Uhr ertönte ein Trompetensignal zum Aufbruch für die Gefangenen. Als nun am 9. November zum Arbeitsauftrag befohlen wurde, zögerten die für diesen Tag befohlenen Gefangenen dem Zeichen Folge zu leisten und aus ihren Zelten herauszukommen. Im Zelt 5, dessen Inhabers diesmal der Arbeit fern bleiben durften, lag der Angeklagte. Als der Feldwebel II, der die Vauarbeiten zu leiten hatte, zur festgesetzten Zeit keine Engländer angetreten vorfand, gab er den Befehl, sämtliche Zelte zu räumen und die Anwesenheiten hinauszutreiben. Im Zelt 5 sollte es nun zu einem ersten Zusammenreffen zwischen Landsturmlieuten und den Gefangenen kommen. Als ein Unteroffizier durch das Zelt in dem etwa 250 Gefangene lagen, schritt und die letzteren laut aufforderte sich zu erheben und anzutreten, wurde er durch Zurufe verhöhnt und die Gefangenen schickten zum großen Teil Brandstreich vor. Auf einen, der sich resistent benahm, legte ein Landsturmmann an; doch schoß er nicht, weil er befürchtete, er könnte einen anderen treffen. Beim Hinaustrischen der Gefangenen wurde dann auch etwas mit dem Kolben des Gewehrs nachgeholt. Der Angeklagte stellte sich nun vor einen der Landsturmlieute während hin, halte die Faust und verlegte dem Mann einen Stoß vor die Brust und einen zweiten Schlag gegen das Gesicht, der aber abfiel. Der Feldwebel, der inzwischen hinzugekommen war, zog blank und verlegte dem stützenden Angreifer mehrere Hiebe über den Rücken. Der Engländer eilte nun unter seine Landleute und ging dann von einem Zelt zum anderen, um den Kameraden seine Wunden, die er durch die Säbelhiebe erhalten hatte, zu zeigen. Am anderen Tage wurde dem ganzen Zelt Strafe auferlegt, weil sich der Uebelthäter nicht meldete. Erst jetzt bequembte sich L. dazu. In der gestrigen Verhandlung erfolgte die Verständigung zwischen dem Angeklagten und dem Gericht durch einen Dolmetscher. Die Zeugen wurden streng zur Wahrheit ermahnt und der Verhandlungsführer machte darauf aufmerksam, daß sich keiner etwa durch daß für die Nation des Angeklagten dazu verleiten lassen dürfe, mehr auszusagen, als er unter dem Eide verantworten könne. Der Angeklagte selbst gab die ihm zur Last gelegte Straftat zu. Er gab auch zu, daß ihm seinerzeit vom Lagerkommandanten die Bestimmungen, wonach er unter Kriegsrecht stehe und wonach die Landsturmlieute, die zur Bewachung des Gefangenenlagers dienen, seine Vorgelegten sind, bekannt gegeben worden seien. Es mußte also seine Verurteilung erfolgen. Der Vertreter der Anklage, stellvertretender Kriegsgerichtsrat Dr. Köhler, nahm davon Abstand, die Todesstrafe zu beantragen. Er plädierte auch nicht auf lebenslängliche Gefängnisstrafe, die das Gesetz zuläßt. Er führte aus, daß die deutschen Militärgerichte turmhoch über den Urteilen gegen Deutsche in Feindesland und in Feindesland. Durch daß würden die Urteile in Feindesland diktiert. Er beantragte das Mindeststrafmaß von 10 Jahren Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Dr. Barnau, führte aus, daß angesichts der schamlosen Urteile, die im feindlichen Ausland gefällt worden seien, nicht der mindeste Grund vorliege, etwa gegen einen Kriegsgefangenen in besonders wohlwollender Weise zu verfahren. Aber man solle den einzelnen nicht unnötig empfinden lassen, was Unrechtes in Feindesland begangen worden ist. Er könne sich dem Antrage des Vertreters der Anklage nur anschließen und bitte um die Annahme eines minder schweren Falles. Das Kriegsgericht erkannte denn auch dementsprechend; es verurteilte Lonsdale im Sinne der Anklage zu der geringsten Strafe von zehn Jahren Gefängnis.

Die Haltung Italiens.

Salandras Programm.

Rom, 3. Dezember. (B. Z. V.) Die Kammer nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Ministerpräsident Salandra erklärte unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses: Dem Ministerium, das sich heute Ihnen vorstellt, ist sein Arbeitsprogramm unmittelbar durch die Notwendigkeit auferlegt, weil es in diesem kritischen Augenblick der Geschichte die Geschichte des Landes zu lenken hat. Während die durch wiederholte Beweise Ihres Vertrauens gestärkte Regierung daran ging, nützliche Verwaltungsreformen und Sozialreformen vorzubereiten, brach ohne irgend eine Teilnahme oder ein Einverständnis von unserer Seite plötzlich und sehr schnell der Konflikt aus, den wir zum Schutze des Friedens und der Zivilisation vergeblich zu beschwören trachteten. Die Regierung mußte erwidern, ob die Vertragsbestimmungen uns zur Teilnahme zwangen. Aber die gewissenhafteste Prüfung des Sachstades und Gewichtes der bestehenden Vereinbarungen und die Kenntnis der Ursprünge und des augenscheinlichen Endzwecks des Konfliktes brachten uns zu der loyalen und sicheren Ueberzeugung, daß wir nicht verpflichtet waren, an ihm teilzunehmen. Da wir dergestalt jeder anderen Erwägung enthoben waren, so empfahl uns eine unbefangene und freie Beurteilung dessen, was die Wahrung der italienischen Interessen erforderte, unerbittlich unsere Neutralität zu erklären.

Dieser Entschluß war ein solcher, daß man sich auf leidenschaftliche Erörterungen und verschiedene Beurteilungen gefaßt machen mußte. Aber später begann allmählich in Italien und außerhalb die feste und allgemeine Ueberzeugung vorzuherrschen, daß wir unser Recht ausübten und in richtiger Weise beurteilten, was am besten den Interessen der Nation entsprach. Indessen genügte die frei proklamierte und loyal beobachtete Neutralität nicht, um uns gegen die Folgen der ungeheuren Umwälzung zu schützen, die jeden Tag größer wird und deren Ende von niemandem abgesehen werden kann. In den Ländern und Meeren des alten Erdteils, dessen politische Gestaltung vielleicht im Begriffe ist, sich zu ändern, besitzt Italien vitale Interessen, die es zu schützen, und gerechte Ansprüche, die es zu bekräftigen hat. Es muß seine Stellung als Großmacht behaupten und sie nicht nur unverfehrt erhalten, sondern auch so, daß sie nicht durch die möglichen Vergrößerungen anderer Staaten relativ gemindert werde. Daher mußte und wird notwendigerweise unsere Neutralität keine unaktive und lässige, sondern eine tätige und wachsame sein, nicht eine ohnmächtige, sondern eine stark gewappnete, die jeder Möglichkeit gewachsen ist. (Anbauerender lebhafter Beifall. Die gesamte Kammer erhebt sich und bringt dem Ministerpräsidenten eine lebhafte Huldigung dar.)

Ministerpräsident Salandra fuhr fort: Demgemäß war und ist die höchste Sorge der Regierung vollständige Vorbereitung von Armee und Marine. (Beifall.) Um sie durchzuführen, ist sie nicht davor zurückgefahren, die schwerere Verantwortlichkeit für weitere Ausgaben und für eine gewisse Abänderung der militärischen Organisation zu übernehmen. Die Erfahrung aus der Geschichte und noch mehr aus den gegenwärtigen Ereignissen muß uns überzeugen,

daß, wenn die Herrschaft des Rechts aufhöret, die Kraft allein die Würdigkeit für das Wohlergehen eines Volkes bleibt, die organisierte und mit allen löstspieligen und vollendetsten technischen Verteidigungsmitteln ausgerüstete menschliche Kraft. (Weisfall und Vorwurfe.) Wenn auch Italien nicht das Ziel hat, irgend jemanden mit Gewalt zu unterdrücken, muß es sich doch so gut wie möglich und mit der größten Stärke organisieren und rüsten, damit es nicht früher oder später selbst unterdrückt werde. (Weisfall.)

Zu dieser unserer ersten Pflicht gestellt sich die weitere nicht unwichtige, die Wirkungen der Krisis zu mildern, welche infolge der vielerschütterten Einheit des internationalen Handels und der Weltwirtschaft ganze Industrien lähmt, Handelsunternehmungen umstürzt und tausende unentbehrliche von Arbeitern, früher als in anderen Jahren, in das Vaterland zurückzuführen ließ. Auch zu diesem Zwecke waren außergewöhnliche Maßregeln notwendig; zeitweise Abweichungen von dem gemeinen Recht, Beschleunigung öffentlicher Arbeiten und weitgehende Verfügung über unsere Geldmittel. Die Regierung beantragt die alsbaldige Genehmigung aller dieser Maßregeln. Inzwischen können wir mit Genugtuung feststellen, daß der allgemeine wirtschaftliche Zustand unseres Landes sich schrittweise gebessert hat, daß Arbeit und Kredit auf dem Wege sind, zu normaler Funktion zurückzuführen und daß das Vertrauen des Publikums sich wieder einstellt. Aber man würde sich gefährlich täuschen, wenn man glaubte, daß weitere außerordentliche Maßregeln unnötig seien. Die Regierung weiß wohl, daß alles angewandt werden muß, um dem Lande genügende Vorräte der wichtigsten Stoffe zu sichern; ihr Eingreifen wird nicht auf sich warten lassen, wo und wann die private Tätigkeit zu diesem Zwecke nicht ausreicht.

Auch der innere Friede muß um jeden Preis gesichert werden. Die Regierung ist aber weit entfernt, zu glauben, daß unser Volk ihn fördern könnte. Es begreift, daß das Vaterland jetzt die Eintracht aller, die zu jedem Opfer bereit sind, für sein Wohlergehen und seine Größe braucht. (Weisfall.) Vertragen wir den politischen und wirtschaftlichen Streit, den Streit zwischen Parteien, Ständen und Bevölkerungsklassen auf später. Heute muß sich in Wort und Tat das Gemeingefühl aller Italiener feierlich bekunden. (Vorwurfe, langanhaltender Beifall.) Das erste und erhabenste Beispiel dieses nationalen Gemeingefühls werden sicher die bevorstehenden Beratungen der obersten repräsentativen Körperschaften geben. Die Regierung, welche heute ein Urteil oder Bestrebungen vom Parteiendruckpunkt aus für eine Verletzung ihrer heiligen Pflichten halten würde, ruft die ganze Volkvertretung zu patriotischer Mitarbeit auf. (Weisfall.) Nur vom Parlamente empfängt sie die Kraft, die sie braucht, um ihre schwierige Aufgabe zu erfüllen. Die Stunde verlangt eine feste und sichere Regierung. Wenn ihre Stimme und Stärke und Sicherheit gibt, können wir die schwere Last unserer Verantwortlichkeit tragen und unsere emsige und unaufhörliche Arbeit fortsetzen, welcher wir die ganze Kraft unseres Geistes widmen, um die augenblicklichen Interessen unseres Vaterlandes wirksam zu verteidigen und sorgsam über der künftigen Bestimmung Italiens in der Welt zu wachen. (Lebhafte, langanhaltender Beifall; die ganze Kammer erhebt sich zu einer stürmischen Kundgebung und ruft immer von neuem: „Es lebe Italien!“)

Hierauf begab sich das Ministerium in den Senat, um dort dieselben Erklärungen abzugeben wie in der Kammer.

Die Aufnahme der Rede Salandras.

Rom, 3. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die italienische Kammer wurde heute mit einer Rede Salandras eröffnet. Aus den Erklärungen Salandras klang unverkennbar ein entschiedener Grundton heraus und die Bereitschaft zum Kriege, sobald die Interessen Italiens ein Eingreifen fordern. Als der Minister von den gerechten Forderungen sprach, die Italien geltend zu machen hat, erscholl großer Beifall; ebenso bei den Worten, daß Italien zu jeder Mitwirkung gerüstet sei, sowie bei dem Appell an die Solidarität der ganzen Nation.

Bei der Schlussbotschaft blieben nur die Sozialisten sitzen. Bei dem Hoch auf Belgien, das der Republikaner Comandini ausbrachte, erhob sich das ganze Haus.

Die italienische Sozialdemokratie und der Krieg.

In einem Leitartikel des italienischen sozialistischen Hauptorgans „Avanti“ über die augenblickliche innerpolitische Lage in Italien und über die voranschreitende Stellungnahme der verschiedenen Parteien beim bevorstehenden Zusammentreten der italienischen Kammer am 2. Dezember werden auch die Ansichten der bürgerlichen Politiker über die Absichten der Sozialisten besprochen.

Ein bürgerlicher Politiker soll erklärt haben, daß die Sozialisten sich auf eine rein akademische und theoretische Antikriegspropaganda beschränken und sich im übrigen einer wirklichen Opposition enthalten würden, weil sie eingesehen hätten, daß patriotische Gründe Italien in den Krieg treiben.

Gegen diesen Gedankengang protestiert der „Avanti“ aufs bestimmteste und stellt die folgenden Leitsätze auf:

1. Bei den italienischen Sozialisten fehlt jedes Verständnis für diese „patriotischen Gründe“ um so mehr, als dieser Begriff ein außerordentlich dehnbarer ist und zu höchst gewagten Unternehmungen führen könnte.

2. Die italienische sozialistische Partei wird sich aufs energischste den Kriegskrediten widersetzen, weil die Höhe derselben klar beweist, daß sie das allein für die Verteidigung des Landes Notwendige weit übersteigen.

3. Die vorgesehene Steuererhöhung wird wie gewöhnlich in Italien nur die ärmsten Klassen treffen, was für die sozialistische Partei ein Grund mehr ist, sich diesen hohen Ausgaben zu widersetzen.

4. Die Partei kann den Leuten gegenüber, welche bisher die für das Land so schicksalsschwere Politik geleitet haben, kein Vertrauen haben; die einzige Antwort auf eine Aufforderung, diese Politik zu unterstützen, ist die Forderung, daß diese Leute für ihre bisherige, dem Lande so schädliche Tätigkeit gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

5. So lange die für politische Vergehen mit Gefängnis bestrafte Parteiführung als Feinde des Staates behandelt und betrachtet werden kann von der Partei nicht verlangt werden, daß sie bei ihrer Stellungnahme die „patriotischen“ Gesichtspunkte der italienischen Bourgeoisie in Betracht ziehen soll.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Die freie Kommission des Reichstags war am Donnerstag zu einer Besichtigung der Gefangenenlager in Döberitz eingeladen worden. Mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage der Kommission wurde jedoch davon Abstand genommen, der Einladung an diesem Tage Folge zu leisten. Die Kommission trat dann in die Beratung einer Anzahl von

Heeresfragen ein, wobei besonders über die Gefangenenlager sowie über die Verpflegung und Behandlung der Kriegsgefangenen Erörterungen gepflogen worden sind. Bei dieser Gelegenheit unterhielt man sich auch über die von den Behörden angeordnete Räumung einiger Teile Ostpreußens. Die Not der Flüchtlinge wurde recht lebhaft geschildert und weitgehendste Abhilfe der Klagen in Aussicht gestellt. Allerdings ist ein Teil des Ostlandes auch auf die Kopflosigkeit der Bevölkerung zurückzuführen. Auch die Arbeitsverhältnisse der Schanzarbeiter wurden in den Kreis der Erörterungen gezogen.

Behörden und Konsumvereine.

In Halle werden dem dortigen Konsumverein wegen Zugehörigkeit der Beamten durch die Postverwaltung und die Eisenbahndirektion keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt. Auf ein Schreiben des Vereins hat die Oberpostdirektion in Halle unterm 8. Oktober geantwortet: „Es wird kein Einspruch erhoben werden, wenn Angehörige der Reichspost- und Telegraphenverwaltung dem Allgemeinen Konsumverein Halle (Saale) und Umgegend beitreten.“ Und die Eisenbahndirektion teilte am 6. Oktober mit: „Wir haben nichts dagegen einzubringen, daß unsere Bediensteten fernerhin Ihrem Verein als Mitglieder angehören.“

Eine zurückgewiesene Erklärung.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Liebnecht hat an den Präsidenten des Reichstages eine Erklärung gelangen lassen, die seine Abstimmung über die Kriegskredite motivieren soll. Es ist zulässig, solche Erklärungen zu einer Abstimmung abzugeben. Diese sind in das Protokoll aufzunehmen. Der Reichstagspräsident hat die Aufnahme der Liebnechtschen Erklärung jedoch abgelehnt, weil sie so abgefaßt ist, daß sie, wenn sie in der Sitzung öffentlich vorgelesen worden wäre, unbedingt Ordnungsrufe nach sich gezogen hätte.

Die Höchstpreise für Getreide.

In der jüngst stattgefundenen Generalversammlung der Brotfabrikanten von Rheinland und Westfalen wurde einstimmig eine Resolution angenommen und der Reichsregierung überhandt. Die Resolution lautet:

Der Bezirksverband „Rheinland-Westfalen“ des Verbandes Deutscher Brotfabrikanten erkennt an, daß die Regierung bei Erlass der Verordnung über Höchstpreise die Grundlage für eine gesicherte Volksernährung schaffen wollte. Die Bestimmungen über Höchstpreise für Getreide erfüllen jedoch den beabsichtigten Zweck nicht. Dadurch, daß die Regierung mit dem Erlass der Verordnungen zögerte und bei Erlass die Preisfestsetzung vornahm unter Berücksichtigung der in der Kriegszeit sich entwickelnden Preise ist der Höchstpreis weit über den mit den Volksernährung vereinbarten Satz festgelegt. Der Verband kann es nicht als richtig anerkennen, daß die Spekulationspreise, die in den Monaten August bis Oktober sich herausbildeten, die Grundlage sind für die Höchstpreise, denn diese werden, wie die Erfahrung lehrt, die Preisnorm sein. Die Verhältnisse der Gegenwart erheischen aber, daß jeder Teil unserer Volkswirtschaft sich mit dem Nutzen zufriedensetzt, der seine Existenz sichert. Die festgesetzten Höchstpreise bringen aber den Landwirten und denjenigen Händlern, die sich Getreidevorräte gesichert haben, ungeheuren und unbedingten Gewinn. Hiergegen erhebt der Verband entschiedenen Protest. Er fordert, daß der Höchstpreis sich nicht über den Durchschnitt der Preise der letzten 3 Jahre erhebt. Dieser Preis liegt aber bedeutend unter den festgesetzten Höchstpreisen. Der Verband hält es ferner für notwendig, die vorhandenen Getreidevorräte durch die Reichsregierung oder die Landesregierungen zu übernehmen und sie in entsprechender Weise unter Mithilfe der Organisationen der Reichsverbandes der Volksernährung zuzuführen. Der jetzt geschaffene Zustand führt infolge der in § 9 der Verordnung über Höchstpreise festgelegten Steigerung der Preise dahin, daß die Produzenten und Inhaber der Vorräte mit dem Angebot zurückhalten und nicht einmal zu den geltenden Höchstpreisen verkaufen. Dieses hat schon jetzt zu einer bedeutenden Schwierigkeit in der Beschaffung von Mehl geführt, insbesondere für alle diejenigen Betriebe, die nicht in der Lage sind, große Mehlvorräte aufzuspeichern. Der jetzige Zustand wird notwendig im Gefolge haben, daß ein Teil der Bäckereibetriebe infolge von Nichtangebot von Ware geschlossen werden muß. Die vom Verband seit Beginn des Krieges getretene Auffassung, daß die festgesetzten Höchstpreise die allgemeine Preisnorm bilden werden, hat sich durch die Tatsachen voll bestätigt. Der Verband hält eine weitere Einschränkung des Verbrauches von Brotgetreide für die Erzeugung von Alkohol für dringend geboten. Wird dem vorgelegten Ersuchen keine Berücksichtigung gewährt, so werden sich die heute vorhandenen großen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Mehl noch mehr und die Volksernährung wird in Gefahr gebracht. Diesen ungeheuer wichtigen Interessen gegenüber müssen die Interessen der an überhöhten Getreidepreisen interessierten Kreise weichen.

Militärgerichtliches.

Das Kriegsgericht der Kommandantur Breslau unter Vorsitz des Oberstleutnants Bissen verurteilte den Hauptmann Fritz Galmich von der Feld-Fliegerabteilung 35 in Posen wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Gefährdung Untergebener im Felde und im Dienst zu vier Monaten Festungshaft und 60 Mark Geldstrafe. Der Verhandlungsführer, Militärhilfsrichter Dr. Herzog betonte bei der Urteilsverkündung, das Kriegsgericht habe sich im wesentlichen der Anklage angeschlossen, aber strammhaltend berücksichtigt, daß der Hauptmann in Feindesland sich in einer sehr schwierigen Lage befunden habe, weil er wenig ausgebildete Leute und geringe Unterstützung von Unteroffizieren hatte. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Liebe, hatte acht Monate Festung und 120 M. Geldstrafe beantragt. Hauptmann Galmich erklärte, das beantragte Strafmaß sei ihm zu hoch. Sein Verteidiger, ein Offizier plädierte, der Angeklagte habe als schneidiger, pflichterfüllter Offizier von strenger Dienstauffassung, etwas scharf vorgehend, im Verger und in Erregung gefehlt, gereizt durch Nachlässigkeiten der Untergebenen. Hauptmann Galmich stammt aus Bogendorf in Schlesien und ist seit 20 Jahren Offizier. Die Vergehen passierten im August und 2. September 1914 auf dem östlichen Kriegsschauplatz in Galizien und Rußland, wo Hauptmann Galmich Führer einer von ihm neu errichteten Fliegerabteilung war. Er gibt zu, im allgemeinen seine Untergebenen vorchriftswidrig behandelt zu haben. Der Angeklagte war sehr nervös und beging die Ausschreitungen, wenn die Leute ihre Arbeit nicht ordentlich machten.

Schwere Bestrafung eines französischen Kriegsgefangenen.

Das Erfurter Kriegsgericht verurteilte den französischen Kriegsgefangenen Artur Decharis wegen tätlichen Angriffs auf einen deutschen Unteroffizier zu 3 Jahren Gefängnis. Der Verurteilte ist französischer Eisenbahnbeamter. Er war als Zivilist in Kriegsgefangenschaft geraten und wurde in das Gefangenenlager nach Erfurt übergeführt. Am 7. November sollte er gemeinschaftlich mit 50 anderen Gefangenen Arbeit verrichten. Auf dem Wege zur

Arbeitsstätte marschierten die Franzosen an den Aborten der Gefangenenlager vorbei. Der Angeklagte trat, ohne den beaufsichtigenden deutschen Unteroffizier zu fragen, aus, um seine Notdurft zu verrichten. Der Unteroffizier glaubte, der Mann wolle sich von der Arbeit drücken. Er trat darum an ihn heran und versuchte, ihn nach der Arbeitsstätte zu zerrren. Hierbei versetzte der Unteroffizier dem Angeklagten einen heftigen Stoß mit dem Knie. Der heißblütige Franzose setzte sich zur Wehr und faßte den Unteroffizier an den Hals. Dieser zog nun sein Seitengewehr und versetzte Decharis einige Hiebe. Anklagevertreter und Gericht erkannten an, daß der Angeklagte durch die Mißhandlung des Unteroffiziers gereizt worden sei. Er unterliege aber den im Kriege gültigen deutschen Kriegsgesetzen.

Strenge Strafen gegen Kriegsgefangene.

Der in einem Gefangenenlager bei Jitau internierte russische Kriegsgefangene Poljanski stellte sich am 8. September nicht zur Arbeit. Von dem aufsichtsführenden Feldwebel zur Rede gestellt, behauptete er, krank zu sein. Der Feldwebel führte ihn zur ärztlichen Untersuchung in das Revier, dort erklärte er nun plötzlich: „Ich sei nicht krank!“ Darauf gingen beide wieder zur Kompanie zurück. Der Russe war aber nicht zur Arbeit zu bewegen und verwiegerte auch auf wiederholten Befehl jede Angabe seiner Personalien. Nun erfolgte die Erhebung der Anklage wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft im Felde. Das Brigadegericht erkannte auf zwei Jahre Gefängnis; das Oberkriegsgericht in Dresden hat auf eingelegte Berufung hin dieses Urteil bestätigt.

Der verschärfte Kriegszustand.

Der am 31. Juli für den Bereich des 7. Armeekorps festgesetzt und später „Infolge des Wohlverhaltens der Bevölkerung“ gemildert wurde, ist nach einer Bekanntmachung des Generalkommandos in Münster, vom 27. November datiert, wieder eingeführt worden.

Begründet wird diese Maßnahme mit dem Interesse der öffentlichen Sicherheit, insonderheit der überhand nehmenden Tätigkeit fremder Spionageagenten. Zugleich wird bekannt gegeben, daß die Aufhebung des Artikels 7 der preussischen Verfassung wieder außer Kraft gesetzt wird und die außerordentlichen Kriegsgerichte in Münster und Düsseldorf aufgehoben sind und damit die ordentlichen Gerichte wieder in Kraft treten. Diese letztere Maßnahme wird mit dem einwandfreien vaterländischen Verhalten der gesamten Bevölkerung begründet.

Ein merkwürdiges Vorgehen.

In der Wohnung des Gausleiters des Landarbeiterverbandes in Schlesien, Genossen Gröner, erschienen am Mittwoch drei Kriminalbeamte und nahmen eine gründliche Hausdurchsuchung vor. Die aus der vorgezeigten Verfügung hervorgeht, soll sich Gröner der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben dadurch, daß er Anträge und Bescheide von Kriegerfrauen wegen Familienunterstützung mit deren Namen unterschrieb. Wegen dieser Mißthatigkeit an ungewandten Schreiberrinnen hat also Gröner anscheinend ein Strafverfahren zu gewärtigen.

Die Wirren in Mexiko.

Die „Times“ melden aus Washington: Man verfolgt hier die Entwicklung der Dinge in Mexiko mit großer Besorgnis. Zapala beherrscht die Hauptstadt, Carranza ist in Veracruz und Villa irgendwo nördlich der Stadt Mexiko. Es scheint mindestens drei revolutionäre Präsidenten zu geben. Die Presse unterzieht die mexikanische Politik des Präsidenten Wilson besonders die Zurückziehung der Truppen aus Veracruz, einer scharfen Kritik.

Letzte Nachrichten.

Die Trümmer des belgischen Heeres.

Amsterdam, 3. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus dem Hauptquartier in Veurne meldet der Korrespondent des „Nieuwen Courant“, daß das belgische Heer noch 70 000 Mann zähle. Täglich kommen aus England, wo auf die Flüchtlinge ein starker Druck geübt wird, Rekruten. Das belgische Heer wird bald von der Yser wahrscheinlich in die Gegend von Rouen verlegt.

Auffallend ist die geringe Zahl, die den belgischen Offizieren von Offizieren der anderen Nationen entgegengebracht wird. Von den belgischen Behörden ausgestellte Passierscheine werden von französischen Kommandanten nicht anerkannt. Diese Behandlung steht in grellem Gegensatz zu der Gunst, in der die Engländer stehen, die sich so aufführen, als gehörte ihnen alles. In Calais wird in einigen Tagen das Kommando ganz in englische Hände übergehen. Bei den Truppen kann von Begeisterung keine Rede sein. Sie ziehen in dumpfer Gelassenheit nach den ihnen unbekanntem Orten. Alle Soldaten sehen müde aus und sind alles andere als fröhlich. Aber sie sind sehr mitteilsam und äußerten dem Korrespondenten gegenüber den heftigen Wunsch, nach Hause zu gehen. Die belgischen Soldaten wollen sich selbst nicht von ihren belgischen Offizieren anführen lassen. Man hat sie unter französischen Befehl gebracht, aber gewisse Anzeichen zeigen, daß die zum Kampf nötige Einheit fehlt. Dazu kommt, daß vom Oberkommando einige Befehlshaber erkrankten. Trotz dieser Mißstände wird ständig schweres Geschütz zugeführt; bei Dürenkirchen werden noch junge Mannschaften ausgebildet.

Festnahme von Geiseln in Gent.

Amsterdam, 3. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach einer telegraphischen Meldung nahmen die Deutschen in Gent Geiseln fest nach einem Bombenanschlag durch Flieger gegen verborgene Benzinspeicher. Unter den Geiseln befinden sich Genosse Anseele und der Bürgermeister Braun.

Revolte in einem holländischen Interniertenlager.

Amsterdam, 3. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im Interniertenlager in Zeist revoltierten gestern Abend die belgischen Soldaten. Die elektrische Leitung wurde durchschnitten. Da die Militärwache nicht genügte, ließ man Polizei holen; heute Morgen wurden noch Truppen aus Utrecht requiriert. Die Revolte nahm solchen Umfang an, daß die Wache Feuer geben mußte. 6 Belgier wurden getötet, 9 verwundet. Bisher konnte die Revolte noch nicht vollständig unterdrückt werden.

Einberufung der französischen Kammer.

Paris, 3. Dezember. (W. T. B.) Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré beschloß, die Kammer zu einer außerordentlichen Session auf den 22. Dezember in Paris einzuberufen. Die Minister reisen Ende nächster Woche nach Paris, um dem Finanzanschau des Senats und dem Budgetauschuss der Kammer zur Verfügung zu stehen. Präsident Poincaré wird ebenfalls dann in Paris sein.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 92 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: General-Kommando des 18. Armeekorps; General-Kommandos des 22. und 26. Reservekorps. Etappen-Inspektion des 4. Armeekorps. 2. Garde-Inf. Div., Stab; 30. und 31. Inf.-Div., Stab; 8. Inf.-Brig., Stab; 49. Inf.-Brig., Stab; 82. Inf.-Brig., Stab; 2. Garde- u. 2. Garde-Erf.-Reg.; Garde-Füs.-Reg.; 3. u. 4. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Augusta und Nr. 5; Garde-Schützen-Bat.; Gren.- u. Inf.-Reg. Nr. 1; Gren.-Regimenter Nr. 2, 3, 4; Inf.-Reg. Nr. 5; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 5; Inf.- u. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 7; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 8; Gren.-Regimenter Nr. 10, 12; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 15; Inf.-Reg. Nr. 16; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 18; Inf.-Reg. Nr. 19; Inf. u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 20; Inf.-Regimenter Nr. 21, 23, 24; Inf.-Reg. Nr. 25; 24; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 26; Inf.-Regimenter Nr. 29, 30; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 30; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 31; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 31; Inf.-Reg. Nr. 32; Inf.-Regimenter Nr. 33, 36; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 36; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 37; Inf.-Reg. Nr. 38; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 39; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 40; Inf.-Reg. Nr. 41; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 44; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 48; Inf.-Reg. Nr. 49; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 49; Inf. u. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 51, 52; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 53; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 55; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 56; Inf.-Reg. Nr. 57; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 60, 61; Inf.-Regimenter Nr. 62, 65; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 66; Inf.-Reg. Nr. 67; Inf.-Reg. Nr. 76; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 77 u. 78, siehe Regiment v. Rosen, jetzt Weber; Inf.-Reg. Nr. 79; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 80; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 81; Inf.-Reg. Nr. 83; Inf.-Reg. Nr. 84; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 84; Inf.-Reg. Nr. 85; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 86; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 86; Inf.-Reg. Nr. 87; Inf.-Reg. Nr. 90; Inf.-Reg. Nr. 91; Inf.-Reg. Nr. 92; Inf.-Regimenter Nr. 93, 97; Inf.-Reg. Nr. 110; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 116; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118; Inf.-Regimenter Nr. 120, 130, 136, 142, 144, 146, 147, 150, 151, 154, 158, 159, 163, 166, 171, 173, 174; Inf.-Regimenter Nr. 202, 205, 206, 208, 222, 233, 237; Reg. v. Rath, siehe Brig.-Erf.-Bat. Nr. 84; Landw.-Inf.-Reg. v. Rosen, jetzt Weber; Landw.-Bataillone Bartenstein, Gruppe Lögen I u. II, Wustlau, Reusfahrwasser, Reusfähr II, Cierode II, Schlawa; Inf.-Reg.-Bat. Nr. 3; Jäg.-Bataillone Nr. 5, 7; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 20; Jüdischen-Raidingengew.-Abt. Nr. 2. Reg. der Gardes du Corps; Schweres Inf.-Reiter-Reg. Nr. 2; Kür.-Reg. Nr. 5; Drag.-Regimenter Nr. 1, 6; Inf.-Drag.-Reg. Nr. 8; Drag.-Reg. Nr. 11; Drag.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 6, 10, 12, 14; Manen-Regimenter Nr. 3, 6, 10, 14, 15, 16; Jäger zu Pferde-Regimenter Nr. 2, 3; Inf.-Kon.-Abt. Nr. 46; 3. Landw.-Esk. des Gardekorps; 2. mobile Landw.-Esk. des 7. Armeekorps; 1. Landw.-Esk. des 14. Armeekorps. Feldart.-Reg. Nr. 1; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 5; Feldart.-Reg. Nr. 9; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 10; Feldart.-Regimenter Nr. 14, 15, 23, 26, 34, 37, 38, 41, 42, 46, 50, 54, 59, 67, 75, 84; 1. Batterie des General-Gouvernements Brüssel. Juhart.- u. Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 1; Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 2; Juhart.- u. Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 3; Juhart.-Reg. Nr. 5; Juhart.- u. Landw.-Juhart.-Reg. Nr. 7; Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 8; Juhart.-Reg. Nr. 9; Juhart.- u. Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 13; Inf.-Juhart.-Reg. Nr. 17; Juhart.-Reg. Nr. 20. Garde-Pion.-Bat.; II. Garde-Pion.-Bat. siehe Pion.-Reg. Nr. 11; I. Pion.-Bat. Nr. 2; II. Pion.-Bat. Nr. 4; II. Pion.-Bat. Nr. 22; Inf.-Pion.-Komp. Nr. 54; Korps-Brücken-Train 12. Armeekorps; I. u. II. Pion.-Bat. Nr. 5; Pion.-Bataillone Nr. 7, II. Nr. 11, Nr. 14; Pion.-Regimenter Nr. 19, 24, 25; I. Pion.-Bat. Nr. 27; Pion.-Regimenter Nr. 29, 30, 31; Pion.-Abt. der 4. Kav.-Div. siehe I. Pion.-Bat. Nr. 2; 1. mobile Erf.-Pion.-Komp. des 9. Armeekorps. Luftschiffer-Bat. Nr. 5; Feldluftschiffer-Abt. Art.-Munitionskolonnen Nr. 9 des 1. Armeekorps. Fortifikationen Reg. und Bogen. San.-Komp. Nr. 3 des Gardekorps, des 1. und des 15. Armeekorps; Inf.-San.-Komp. Nr. 45 des 23. Reservekorps; Inf.-San.-Komp. Nr. 2 der 3. Inf.-Div.; Feldlazarett Nr. 5 des 7. Armeekorps. Div. Brückenrain Nr. 1 des Garde-Reservekorps; Magazin-Juhart.-Kol. Nr. 18 der 2. Etappen-Inspr.; Inf.-Juhart.-Kol. Nr. 55 und 77 des 24. Reservekorps. Kriegsbekleidungsämter des 2. Armeekorps und Danzig (Langfuhr). Landwehrbezirk II, Düsseldorf.

Die bayerischen Verlustlisten Nr. 89, 90, 91 und 92 melden Verluste des 18. Inf.-Reg. Landau; 21. Inf.-Reg. Sulzbach; 12. Inf.-Reg. Prinz Arnulf, Neu-Ulm; Brig.-Erf.-Bat. Nr. 4; 5. Inf.-Reg. Bamberg; 18. Inf.-Reg. Landau; 2. Inf.-Reg. München; 15. Inf.-Reg. Neuburg a. T.; Inf.-Inf.-Reg. Nr. 10; 1. Schweres Reiter-Reg., München. Die sächsischen Verlustlisten Nr. 68 veröffentlicht Verluste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 89; 3. Inf.-Reg. Nr. 102, Jittau; 5. Inf.-Reg. Nr. 104, Chemnitz; Inf.-Inf.-Reg. Nr. 104; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 104; 6. Inf.-Reg. Nr. 105, Strassburg; 7. Inf.-Reg. Nr. 108, Leipzig; 9. Inf.-Reg. Nr. 133, Jütow; 15. Inf.-Reg. Nr. 181, Chemnitz; 16. Inf.-Reg. Nr. 182, Freiberg und Truppenübungsplatz Königsbrunn; Inf.-Jäg.-Bat. Nr. 12; Inf.-Jäg.-Bat. Nr. 13; Raschningengew.-Abt. Nr. 8, Leipzig. 3. Feldart.-Reg. Nr. 32, Meißen. 2. Juhart.-Reg. Nr. 19, Dresden und Truppenübungsplatz Zeitzheim. San.-Komp. 1, 12. Armeekorps. Die württembergischen Verlustlisten Nr. 70 enthält Verluste des Brig.-Erf.-Bat. Nr. 53; Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Inf.-Reg. Nr. 127; Landw.-Inf.-Bat. Leonberg.

Stadtverordnetenversammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 2. Dezember 1914, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den am 21. November verstorbenen Stadtschulrat Michaelis, dessen hervorragende pädagogische und organisatorische Verdienste um das städtische Schulwesen er eingehend würdigt. Auch der Stadtv. Realgymnasialdirektor Glayel ist am Donnerstag gestorben; ihm widmet der Vorsteher ebenfalls ehrende Worte des Nachrufes. Die Versammlung hört die Nachrufe stehend an. In den Hauptreden zu Großbeeren will der Magistrat eine Einrichtung zum Verbarmen von Roggen und Trockenkartoffeln einbauen lassen, die 45 000 M. kosten wird. Das aus dem auf den Kieselgütern angebauten Roggen gewonnene Mehl soll hauptsächlich an die städtischen Anstalten und Badereien verkauft, aber auch zu angemessenem Preise zur Ernährung der städtischen Bevölkerung abgegeben werden. Ein Antrag der Freien Fraktion, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen, in dem man sich über die Rentabilität der Mehl-

Mühlen unterhalten könne, wird vom Stadtv. Mann (Soz.) bekämpft, der die Dringlichkeit der Annahme der Vorlage in Anbetracht des Kriegszustandes scharf betont und auf ihren weiteren Zweck hinweist, der Berliner Bevölkerung die Nahrungsmittel möglichst billig zugänglich zu machen. Die Wahlzeit des Bürgermeisters Dr. Reiche und des befohlenen Stadtrats Fischel läuft Ende dieses Jahres ab. Die Neuwahl soll in der nächsten Sitzung erfolgen. Vorschläge für die Wahl eines Stadtschulrats zum Ersatz für den verstorbenen Geheimrat Dr. Michaelis zu machen, wird ein Ausschuss von 15 Mitgliedern eingesetzt. Für den Ankauf eines Bildnisses von Paul Heyse, gemalt vom Münchener Professor Kunz Meyer, werden 2000 Mark bewilligt. Der spezielle Entwurf für die Umwehrungen beim Neubau der Heilstätte in Buch und der mit 80 000 M. abschließende Kostenanschlag gibt dem Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) Veranlassung zu rügen, daß die Anstalt noch immer „Heilanstalt“ genannt wird, obwohl schon im Juni der Name in „Heimstätte“ geändert sei, und zu bemängeln, daß die Bauverwaltung das ganze Projekt so langsam und bedächtig behandle, während die Vollendung im Interesse der Bekämpfung sowohl der Tuberkulose wie der derzeitigen Arbeitslosigkeit die größte Beschleunigung verlange. Stadtbaurat Hoffmann legt kurz die Gründe für die Verzögerung dar. Die Vorlage wird genehmigt. Es folgt die Beratung der Magistratsvorlage wegen

Gewährung von Mietsbeihilfen an Erwerbs- und Arbeitslose.

Ueber Art, Umfang und Höhe dieser Beihilfen haben wir bereits Mitteilung gemacht. Oberbürgermeister Wermuth: Das Mietsproblem hat nun zwei Monate hindurch die öffentliche Diskussion umfassend beherrscht und andere wichtigere und brennendere Fragen in den Hintergrund zu drängen vermocht, es hat auch besagtenwertweise die Gestalt einer Interessenverfolgung angenommen, als ob wir mitten im Frieden lebten; es ist auf diesem Gebiete vielfach eine ernste Kampfstimmung entstanden. Die städtischen Körperschaften dürfen mit Genugtuung konstatieren, daß es ihnen gelungen ist, die Mietsunterstützungen streng auf dem Geleise zu halten, auf dem allein sie sich in Kriegszeiten bewegen können. Der Magistrat ist entschlossen, auf dieser Bahn auch weiterhin fest zu beharren. Die Ausdehnung der Mietsbeihilfe auch auf die Erwerbslosen geschieht unsererseits nicht ohne große Besorgnis. Manche Stimmen, auch von erfahrenen Kommunalpolitikern, sagen voraus, daß wir gerade dadurch der Gefahr unterliegen werden, die wir eben vermeiden wollen, daß wir einer Agitation nachgeben, die wir doch nicht befriedigen können. Die Tatsache, daß der Beschäftigungsgrad in Groß-Berlin und im Reich zurzeit günstig ist, läßt sich schlechterdings nicht betreiten; die Statistik darüber ist geradezu frappierend. Die Arbeitslosenstatistik ergibt, daß die Arbeitslosen am 1. September 981 000 betragen, davon männliche 592 000, weibliche 389 000; am 14. November war die Gesamtzahl gestiegen auf 1 091 600; es ergibt sich also eine Steigerung um 110 000 Personen, bei den Männern um 70 000, bei den Frauen um 40 000. Sodann zeigt die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik, daß bei den männlichen Arbeitern am 30. Juni 1913 die Zahl der Arbeitslosen 16 358, am 17. November 1913 17 911, am 29. Juni 1914 14 896, am 27. Juli 1914 14 191 betrug. Nach dem Kriegsbeginn zeigte sich ein Kiesenprung auf 39 000, von da ab aber von Woche zu Woche eine regelmäßige Abnahme; sie sank bis zum 21. September auf 33 473, bis zum 19. Oktober auf 25 473, bis zum 16. November auf 18 777. (S. dort!)

Gegen die Zahl vor dem Kriege zeigt sich also jetzt kaum noch eine Abweichung, denn das Recht gegen den November 1913 kann man nicht als beträchtlich ansehen. Bei den Frauen ist auch jetzt noch eine höhere Arbeitslosenzahl vorhanden, aber eine starke Abnahme ist auch hier eingetreten. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen im ganzen von 19 000 auf 45 000 gestiegen war, beträgt sie jetzt nur noch 21 000. Auch bei den nichtorganisierten Arbeitern zeigt sich einigermassen dasselbe Bild; am 3. Oktober unterzählten wir 23 258 Personen, am 14. November 18 952; auch hier also ein bedeutendes Sinken. Bei dieser Sachlage wäre die Frage berechtigt: weshalb gerade jetzt eine solche Unterstützung? Die Antwort ist einmal, daß wir auch auf eine plötzliche steigende Arbeitslosigkeit gefaßt sein müssen. Anzeichen dafür liegen freilich nicht vor; das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, vorsichtig und tatbereit zu sein. Dann aber möchten wir auch das ganze System ohne Unterbrechung und im Zusammenhang ausbauen; wir möchten zeigen, daß Berlin bereit ist, auch hier alles zu tun, was es nach Möglichkeit seiner Leistungsfähigkeit zu tun imstande ist, und wir möchten auch die Grenze dieser Leistungsfähigkeit ziehen. An der Mietgrenze von 500 M. hält der Magistrat fest, ist mit der Wohnung ein Laden verbunden, so soll die Unterstützung nach der auf die Wohnräume entfallenden Miete berechnet werden. Ingedacht ist die Unterstützung denen, die durch den Krieg in Not geraten sind. Wie die Arbeitslosenunterstützung soll auch die Mietsunterstützung nicht nur den Arbeitern, sondern auch den in Not geratenen kleinen Gewerbetreibenden und Angehörigen freier Berufe zugute kommen. Die Unterstützung selbst ist im Maximum auf 15 M. monatlich bemessen. Nach drei mündlichen Stadien vorläufiger Beratung sind wir endlich soweit gekommen. Die Mietsunterstützungsämter sind in voller Tätigkeit, wenn es auch bei ihnen noch Kinderkrankheiten geben wird; der Bundesrat wird sie auch weiter für eine wirksame Arbeit ausstatten. Nun brauchen wir uns nicht mehr den Vorwurf machen zu lassen, wir hätten tatenlos gewartet, bis uns die Verhältnisse über den Kopf wuchsen. Wir haben gehandelt, statt Projekte aufzustellen, die nicht durchführbar sind. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Anauer (R. L.) begrüßt die Vorlage als einen Schritt auf dem Wege, Schäden auf diesem Gebiete in Zukunft noch in umfänglicherem Maße auszugleichen. Die Mietsausfälle könnten die Hausbesitzer nicht als Konjunkturverluste anerkennen, die sie allein zu tragen hätten. Die Grenze von 500 M. sei zu niedrig, die Pensionenüber seien nicht berücksichtigt, die Frage, was hinsichtlich der verbleibenden Mietschulden geschehen solle, sei nicht gelöst. Man werde aber zunächst die Wirkungen der Vorlage abzuwarten haben. Redner vermahnt nochmals die Hausbesitzerorganisationen gegen die ihnen in der Öffentlichkeit und in der Versammlung gemachten Vorwürfe.

Stadtv. Möbler (A. L.) steht auf dem Boden der Vorlage; er hat zwar einige kleine Ausstellungen zu machen, verzichtet aber auf Ausschüßberatung, um den Einriß der segensreichen Wirkungen der Vorlage nicht aufzuhalten.

Stadtv. Jden (A. L.) bringt dagegen erneut die Schmerzen der Hausbesitzerkreise zum Vortrag und dringt in den Magistrat, doch baldigst dem bedrängten Hausbesitz von Stadt wegen zu seinem Rechte zu verhelfen. Auch bei der Mietsbeihilfe für die Familien von Kriegsteilnehmern bleibe für die Hausbesitzer noch sehr viel zu wünschen.

Stadtv. Rommelen (R. R.) erklärt für seine Freunde die glatte Annahme der Vorlage, wie sie der Magistrat formuliert habe. Den freiwilligen Anwälten der Hausbesitzerinteressen hält er entgegen, daß es sich um eine Unterstützung für Erwerbs- und Arbeitslose handle, womit überhaupt die einzige Basis für ein Vordringen der Stadt gegeben sei.

Stadtrat Franz: Die Vorlage wird sofort nach ihrer Annahme in Kraft gesetzt werden. Bei den Ausländern werden wir von Fall zu Fall entscheiden. Stadtv. Ritter (Soz.): Auch wir werden der Vorlage zustimmen. Auch wir erkennen freudig an, daß die Erfolge unserer Truppen draußen die Erwerbstätigkeit wieder beleben haben. Wenn

der Vergleich mit den statistischen Zahlen von 1913 auch nicht ganz schlüssig ist, schon weil sich unter den im Felde Stehenden auch zahlreiche Arbeiter befinden, die sonst heute in Berlin arbeitslos wären, so stimmt doch im allgemeinen das Bild. Wir haben nun den Wunsch, daß die Vorlage auch loyal und loyal durch die Unterstützungscommissionen ausgeführt wird; es gilt auch hier das Wort: Der Buchstabe tötet, der Geist macht lebendig. Man darf nicht so engherzig vorgehen, wie es anscheinend nach der Begründung geschehen soll; man soll auch die indirekten Folgen des Kriegsausbruchs in Betracht ziehen. Die Begründung an sich gefällt uns überhaupt nicht recht; wenn es da heißt, die Befürchtung sei nicht von der Hand zu weisen, daß in manchen Fällen durch die Gewährung einer solchen Beihilfe ein Anlaß zur Arbeitsniederlegung geschaffen werden kann, so wäre eine solche Bemerkung besser unterblieben — oder ist sie vielleicht nur ein Versuch, die Unterstützung für die unentwegten Gegner der Vorlage? Für jeden Arbeiter, der, um eine solche Unterstützung zu erlangen, die Arbeit niederlegt, würde ich zehn Mark auf den Tisch des Hauses legen. (Heiterkeit.) Diese Reizung zu „ergattern“, zeigt sich übrigens doch viel mehr in den Kreisen, die Ihnen (zu „er Wehrheit“) nahestehen. Wir hätten ferner gewünscht, daß auch dem Vermieter auferlegt würde, einen Mietsnachschuß zu gewähren; das steht aber nicht in der Vorlage und ist auch nicht beabsichtigt. Laß diejenigen Arbeitslosen, die jetzt bei den Gewerkschaften geneidet sind, auch Anträge auf Grund dieser Vorlage stellen dürfen, sehe ich als selbstverständlich voraus. Was die Landesversicherungsanstalt Berlin betrifft, so haben wir mit ihr schon auf dem Gebiet der anderweitigen Unterstützungen nicht die angestrebten Erfahrungen gemacht; ich befürchte, es wird bei diesen Mietsbeihilfen ebenso gehen. An die Mietgrenze von 500 M. sollte man sich nicht mit heimlicher Kengstlichkeit gebunden erachten, sondern dem Bedürfnis auch entgegenkommen, wenn dieser Betrag um ein paar Mark überschritten wird.

Stadtv. Galland (A. L.) äußert sich im Sinne der Kollegen Möbler und Rommelen. Die Hausbesitzer tragen doch auch bei der vorgeschlagenen Regelung einen Vorteil davon; einen einzelnen Stand bei diesen vom Standpunkte der Allgemeinheit erfolgenden Fürsorgemaßnahmen zu bevorzugen, gehe nicht an, geschweige denn dürfe man unterlosen Projekten nachgeben, die vom einseitigen Interessenstandpunkt diktiert seien.

Stadtv. May (R. L.) nimmt die Landesversicherungsanstalt gegenüber dem Stadtv. Ritter in Schutz. Die Versicherung habe schon eine halbe Million gezahlt; das sei keine Kleinigkeit. Auch jetzt sei die Anzahl hochherzig bereit, Hilfe zu leisten, wozu sie an sich gar keine Veranlassung habe.

Stadtv. Labewig (A. L.) ist doch der Meinung, daß die Anstalt zu rigoros verfare; sie sollte humaner vorgehen.

Oberbürgermeister Wermuth: Das Verhalten der Anstalt ist unzweifelhaft entgegenkommend. Ueber die vorgebrachten Beanstandungen werde ich mit ihr in Verbindung treten. — Der Magistrat kann unmöglich den Grundsat anerkennen, die Stadt habe allermassen für Wohnungsmöglichkeiten zu sorgen. Die Gemeinde ist nicht dazu verpflichtet, jeden in der Wohnung zu belassen, in der er sich zurzeit befindet, sie möge noch so teuer sein. Damit kämen wir ins Uferlose hinein.

Stadtv. Ritter: Das Reichsversicherungsamt hat auf Grund der Reichsversicherungsordnung der Anstalt die Genehmigung erteilt, 5 Millionen für diese sozialen Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Finanzlage der Anstalt ist bei weitem besser, als die der Stadt Berlin; es wäre viel heilsamer gewesen, die Anstalt hätte die Organisation dieser Fürsorge überhaupt nicht auf ihr eigenes Konto übernommen, sondern der Stadt eine angemessene Beihilfe überlassen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

Den Beschluß der Versammlung: Der Magistrat wolle die Regierung ersuchen, der Stadtgemeinde eine ausreichende Staatshilfe zu gewähren für diejenigen Lasten, welche der Stadt aus den von ihr infolge des Kriegszustandes getroffenen Maßnahmen erwachsen hat der Magistrat zu demselben gemacht.

Am 28. November hat die soz. Fraktion folgenden Antrag Barlowski eingereicht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei den in Betracht kommenden Instanzen auf Abstellung der jetzigen unhaltbaren Verkehrsverhältnisse zu dringen.

Die Antragsteller verzichten für heute auf die Beratung und behalten sich vor, den Zeitpunkt dafür später zu bezeichnen.

An die Armenspeisungsanstalt sollen neben der im Armenetat für ihren Betrieb ausgeworfenen Summe von 55 000 Mark in Anbetracht der allgemeinen Lebensmittelpreissteigerung noch 60 000 M. nachbewilligt werden. Die Versammlung stimmt zu. — Schluß 1/8 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Dem Winter entgegen.

Längst haben nach langen Sommertagen und nach einem goldigen Herbst die kalten Regen und die bedrückenden Nebel eingesetzt, und immer mehr wird ein Sonnenstrahl wie ein Trost erbeutet. Frost und Schnee sind über die Fluren gezogen, widerstrebend weicht das Leben zurück, und bald wird die letzte späte Blüte und das letzte der einfarbig an Zweifelspigen ätternenden Blätter vor dem eisigen Hauch zu Boden sinken. Was sterblich ist an Pflanze, Tier und Mensch, das kehrt im Herbst des Jahres wie im Herbst des Lebens zurück zur Mutter Erde.

Was hat uns den Abschied von der grünen Welt in diesem Jahre so viel schwerer gemacht als sonst? Tiefe Welt war vor Monden einem Frühling entsprossen, dessen Sonne noch den Frieden bezeichnen hatte. Fort nun sind Blatt und Blüten, und die Erstarrung der Natur unterstreicht den Krieg mit kalter Wucht.

Der Gang ins Freie zeigt uns vieles anders als wir es sonst gesehen haben. In Wirklichkeit hat sich wenig geändert, sieht wohl das meiste so aus, wie alljährlich um diese Zeit. Aber wir selbst sind nicht mehr die Alten; mit anderen Augen sehen wir uns um. Bei jedem Ader achten wir auf die grüne Wintersaat, ob sie auch kräftig genug anschaue und uns Gutes für die nächste Ernte verspreche. Denn wir wissen, wieviel es uns diesmal bedeutet. Wo wir Hütern und Gärten, Schafen, Kindern und anderem nahrhaften Getier begegnen, da überkommen uns unwillkürlich Berechnungen über die Fleischversorgung unseres Landes. Hierlich trippeln die Hausenkerchen, die sich im Winter den menschlichen Ansiedlungen vertraulich nähern, über den Weg. Wir sehen ihnen wohl zu, aber schon das nächste beste Herkel, das von einem Bauer über die Landstraße getrieben wird, nicht die Hausenkerche aus, denn es erweist uns diesmal doch weit wichtiger als der muntere Vogel.

Ueber die Teiche und Seen hat sich die erste, dünne Eisddecke geerntet. Wir haben sie nun schon so oft gesehen, diese Scheidewand zwischen Leben und Tod, die wie auf ein Jantwort über Nacht erscheint, und sie übertrifft uns doch

immer wieder aufs neue. Aber wir denken diesmal weniger an die Fischlein im kalten Grunde als an unheilswanigere Unterseeboote, und weniger an frohlebende Eisenbahnen als an den zufriedenen Hafen von Archangelsk, und an unsere Krieger und deren Versorgung mit warmen Wollschafen. Und wir lächeln vielleicht über das Wort, daß das Wasser keine Puffen habe, da es doch vielleicht bald sogar Kanonen tragen wird.

Niemand ist unter uns, der bei dem Blatt- und Fruchtfall dieses Jahres nicht der Braven gedachte, die draußen für uns fallen, und niemand, der sich nicht schon fragte, welche Saat die unerhörten Opfer bringen werden, wenn im März die Erde neu erarnt, wenn sie über Menschenleichen zu neuem Fruchttrag ansetzt. Nichts geht zur Erde, was sie nicht neugeformt wieder gibt. Ohne Vergeben kein Werken, ohne Winter kein Frühling. So wollen wir uns durch den Winter kämpfen, der neuen Saat entgegen!

Die Mietbeihilfe für Erwerbslose.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ging es gestern fast so kriegerisch her, wie wenn wir schon wieder Frieden hätten. Von der Magistratsvorlage über Gewährung einer Mietbeihilfe auch für Arbeits- und andere Erwerbslose waren ein paar Wortführer der Hausbesitzer nur wenig befriedigt, und darüber vergaßen sie, daß im Stadiparlament in dieser Kriegszeit auf möglichst friedliche Erledigung der Arbeiten gehalten wird. Wie sie es schon bei der Magistratsvorlage über die Mietbeihilfen für Kriegerfrauen getan hatten, brachten sie auch diesmal wieder ihre Klagen vor, was dann andere Redner zu abwehrenden Erwidrerungen veranlaßte. Die neueste Vorlage, mit der der Magistrat sein kürzlich gegebenes Versprechen einlösen will, wird freilich auch den unterstützungsbedürftigsten Mietern nicht allzu bedeutend erscheinen. Oberbürgermeister Bormuth entwarf in seinen begründenden Ausführungen ein Bild von der gegenwärtigen Lage, wie wenn diese Hilfe jetzt kaum nötig wäre. In der Debatte sprach für die sozialdemokratische Fraktion unser Genosse Ritter. Er wies die in der Vorlage ausgedrückte wunderliche Meinung zurück, daß ein Mehr an Unterstützung bei manchen Arbeitslosen die Neigung, eine Arbeitsaufnahme zu verweigern, wecken könnte. Auch über die Beteiligung der Landesversicherungsanstalt Berlin an der Arbeitslosenfürsorge gab es eine kleine Auseinandersetzung. Die Vorlage wurde angenommen.

Eine Mahnung zum sparsamen Haushalt mit Nahrungsmitteln.

Der Minister für Handel und Gewerbe erläßt an die Regierungspräsidenten, mit Ausnahme derjenigen in Königsberg, Gumbinnen und Allenstein, und den Polizeipräsidenten in Berlin eine Anweisung, in der es unter anderem heißt:

Wenn die im Lande vorhandenen Lebensmittel während der Dauer des Krieges ausreichen sollen, muß die ganze Bevölkerung sich stets und ständig der Verpflichtung bewußt bleiben, mit allen Nahrungsmitteln, namentlich aber mit dem Brote, haushälterisch umzugehen. Es kommt darauf an, in allen Kreisen das noch vielfach fehlende Verständnis dafür zu erwecken, daß jeder nach Kräften und Gelegenheit in der eigenen Familie und wo es auch immer sei, auf Sparsamkeit hinzuwirken hat. Jeder kann und muß durch pflegliches Umgehen mit der täglichen Nahrung für seinen Teil dem Vaterland einen Dienst erweisen. Darauf sollen die durch Erlass vom 4. November d. J. (S. M. V. S. 521) für die Fach- und Fortbildungsschulen angeordneten wiederholten Belehrungen hinwirken.

Ein Merkblatt, das in den Warteräumen, in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, auf den Versicherungsämtern, Krankenkassen, Volksschulen und Speisearien, in den Arbeits-, Ankleide- oder Speisearäumen der industriellen Werke, in den Verkaufsräumen der Konsumanstalten oder Konsumvereine sowie in den Warteräumen der Arbeitsnachweise und der größeren gewerbsmäßigen Stellenvermittler, kurz an allen Stellen, wo ein größerer Personenverkehr stattfindet, zum Ausschlag gebracht werden soll, hat folgenden Wortlaut:

Deutschland steht gegen eine Welt von Feinden,

die es vernichten wollen. Es wird ihnen nicht gelingen, unsere herrlichen Truppen niederguringen, aber sie wollen uns wie eine belagerte Festung aushungern. Auch das wird ihnen nicht gelingen, denn wir haben genug Brotform im Lande, um unsere Bevölkerung bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Nur darf nichts vergeudet und die Brotfrucht nicht an das Vieh verfüttert werden.

Halte darum haus mit dem Brot, damit die Hoffnungen unserer Feinde zerschanden werden.

Seid ehrerbietig gegen das tägliche Brot, dann werdet ihr es immer haben, mag der Krieg noch so lange dauern. Ergreift dazu auch eure Kinder.

Betrachtet kein Stück Brot, weil es nicht mehr frisch ist. Schneidet kein Stück Brot mehr ab, als ihr essen wollt. Denkt immer an unsere Soldaten im Felde, die oft auf vorgeschobenen Posten glücklich wären, wenn sie das Brot hätten, das ihr verschwendet.

Eßt Kriegsbrot; es ist durch den Buchstaben K kenntlich. Es sättigt und nährt ebenfogut wie anderes. Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.

Wer die Kartoffel erst schält und dann kocht, vergeudet viel. Kocht darum die Kartoffeln in der Schale, ihr spart dadurch.

Abfälle von Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, die ihr nicht verwerten könnt, werft nicht fort, sondern sammelt sie als Futter für das Vieh, sie werden gern von den Landwirten geholt werden.

Ein Gemütsmensch.

In einem Grünramladen stehen zwischen Heringsknoten, Gemüse- und Kartoffelkörben eine Anzahl Frauen, die ihre Einkäufe besorgen. Während die Händlerin geschäftig ihre Kundinnen bedient, entwickelt sich ein lebhaftes Gespräch. Unterhaltungstoff gibt es jetzt genug. Kriegereignisse werden besprochen. Man teilt sich gegenseitig mit, was man hier und da gehört haben will von einzelnen Begebenheiten auf dem Kriegsschauplatz. Von allen möglichen und unmöglichen Greueln der Russen wird gesprochen, von abgeschlachten Rufen und Ohren. Die abenteuerlichsten Geschichten werden erzählt und finden gläubige Zuhörer.

Auf der Straße werden die neuesten Abendblätter ausgerufen: „Achtzigtausend Russen gefangen!“

Eine ältere Frau betritt den Laden: „Schon wieder achtzigtausend Gefangene. Die müssen wir nun ernähren. Lieber sollte man sie doch gleich alle miteinander tot schießen.“

Die Umstehenden schweigen und blicken betroffen auf die Frau, die kalten Herzens für die Ermordung von achtzigtausend Gefangenen plädiert. — Eine, die der Unterhaltung bis dahin ruhig zugehört hatte, wendet sich zu der Verdächtigten des Abklärens, schaut ihr fest ins Gesicht und sagt: „Frau, Ihren Jahren nach könnten Sie ja auch einen Sohn oder mehrere beim Heere haben. Wenn Ihr Sohn in Gefangenschaft geraten sollte und die Feinde würden ihn umbringen, um die Kosten für seine Ernährung zu sparen, was würden Sie dann sagen?“

Die so Angeredete blieb die Antwort schuldig. Beschämt senkte sie den Blick, besorgte Kleinlaut ihren Einkauf und zog schweigend ab.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Glagel ist gestern im Virchow-Krankenhaus gestorben. Der Verstorbene hat sich besonders in den Deputationen für das Fach- und Fortbildungsschulwesen betätigt.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat November nächtigten im Männerasyl 14 482 Personen, im Frauenasyl 2584 Personen.

Ein jahrgangliches Institut im Dienste der Verwundetenbehandlung.

Das jahrgangliche Institut der Landesversicherungsanstalt Berlin ist dem Kriegsministerium von dem Vorstände seit Beginn des Krieges zur kostenlosen Behandlung verwundeter Krieger zur Verfügung gestellt und wird eifrig in Anspruch genommen. Bei einer Reihe von Kriegerkategorieverletzungen sind neben der kostenlosen Behandlung auch die dazu notwendigen Apparate und Ersatzteile unentgeltlich von der Landesversicherungsanstalt gewährt worden. Bei Schwerverletzten findet in besonderen Fällen auch Behandlung durch den Direktor Professor Dr. Ritter und die Assistenten des jahrganglichen Instituts der Landesversicherungsanstalt im Lazarett statt.

Ein neues Fernsprechverzeichnis für Groß-Berlin.

Von dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend ist die Herbstausgabe bekanntlich wegen des Krieges ausgefallen und wird jetzt durch einen zweiten Nachtrag ersetzt. Die kaiserliche Oberpostdirektion beabsichtigt aber eine Neuausgabe herauszugeben, die voraussichtlich schon Mitte Februar 1915 erscheinen wird. Anträge von Teilnehmern auf Änderung oder Vervollständigung der Eintragungen sind möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 8. Januar 1915 schriftlich und frankiert einzureichen. In Berlin, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg und Neukölln sind sie an das zuständige Fernsprechamt zu richten, in den anderen Orten an das Postamt.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung, unser Parteigenosse Franz Karow, ist im Alter von 68 Jahren nach schwerem Leiden verstorben. In ihm verlieren wir einen Menschen, der in hohem Grade von den Zielen des Sozialismus durchdrungen war. Schon in schwerer Zeit, unter dem Ausnahmegefeß, hat Karow im Fachverein der Tischler für die Interessen der Arbeiterschaft gekämpft. Die Bewegung der freien Hilfsklassen sah den Erben lange Jahre an seiner Spitze und verdankt ihm viel. Durch seinen aufrichtigen Charakter und seine emsige Tätigkeit erwarb er sich rasch das Vertrauen seiner Kollegen und Parteigenossen. Er gehörte mit zu den Begründern des Zentral-Vereins für Zeltow-Beeskow. Viele Jahre hindurch hat er als Gemeindevorsteher in Treptow unheimlich aller Anfeindungen im vollsten Maße die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Trotz alledem waren auch die politischen Gegner des Verstorbenen vor seinem ehelichen und offenen Charakter mit Hochachtung erfüllt. Vor Jahresfrist siedelte Karow nach der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau über, woelbst er mit seiner tapferen Lebensgefährtin den Lebensabend beschließen wollte. Jetzt hat der Tod leider zu früh unsern Freund dem Leben entzogen. Alle, die Karow kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Ermächtigung der Leiche findet am Sonntag d. den 5. Dezember, nachmittags 8 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde Treptow, Baumstraße 8, Kiehlstraße, statt.

Reiche Spende für die Stadt Charlottenburg.

Ein Vermächtnis ist der Stadt Charlottenburg zugefallen. Die Frau verw. Geh. Justizrat v. Gumb hat der Stadt testamentarisch 1 1/2 Millionen Mark vermacht. Die Zinsen sollen zur Unterstützung hilfsbedürftiger alleinlebender Personen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, Verwendung finden.

Die Aufgabe des Charlottenburger Mietvereins.

Das kürzlich errichtete Mietvereinigungsamt in Charlottenburg wird von der Bevölkerung lebhaft in Anspruch genommen. Die Aufgabe des Mietvereinigungsamtes ist jedoch in manchen Kreisen mißverstanden worden. Der Magistrat weist daher nochmals darauf hin, daß Gesuche um Gewährung nicht an das Mietvereinigungsamt zu richten sind, sondern nach wie vor an die zuständige Unterstützungs-Kommission, die dann das weitere veranlassen wird.

Die Familiengärten in Steglitz.

Im den Reflektanten auf Familiengärten entgegengesehen, wird die Gartenverwaltung in der Bergstraße 37 außer an den Wochentagen von 9—3 Uhr von jetzt bis Weihnachtsabend auch Sonntags von 10—12 Uhr Nachmittags entgegennehmen. Die Jahrespauschale für die Gärten an der Mariendorfer und Bismarckstraße beträgt 10 Mk. pro Quadratmeter einschließlich Wasserbenutzung. Im Südwesten unseres Ortes stellt die Gemeinde den Wellertplatz und zwei anschließende Parzellen unentgeltlich zur Verfügung. Diese Grundstücke sind jedoch nicht eingezäunt, auch beschränkt sich die Benutzung zunächst auf das Erntejahr 1915. Zum Anbau von Kartoffeln und Gemüse ist das Land sehr geeignet. Schnelle Sicherung einer Parzelle durch Meldung bei der Gartenverwaltung ist zu empfehlen.

Gemeindefürsorge in Schönow.

Die letzte Gemeindevertretersitzung in Schönow bei Jepernitz beschäftigte sich mit einem Antrage unseres Vertreters Genossen Dudwicz, der verlangte, daß den Frauen der Kriegsteilnehmer eine volle Mietentzuschung bis zur Höhe von 25 Mk. monatlich gewährt werden solle. Der Antrag wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, daß einer alleinlebenden Frau, die 24 Mk. monatliche Kriegsunterstützung erhält, von dieser Summe 20 Mk. zum Lebensunterhalt gelassen, während die übrigen 4 Mk. zur Zahlung der Miete verwendet werden sollen. Reicht diese Summe für die Mietzahlung nicht aus, dann legt die Gemeinde den fehlenden Betrag hinzu. Für jedes Kind werden 10 Mk. zum Lebensunterhalt als ausreichend betrachtet. — Ferner wurde beschlossen, jedem Kriegsteilnehmer ein Weihnachtspaket im Werte von 5 Mk. zu schicken. Die Frauen derselben erhalten als Weihnachtsgabe 3 Mk. extra von der Gemeinde.

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Militärfahrzeugen ereignete sich Mittwochsabend gegen 5 Uhr an der Ecke der Belle-Alliance- und Bergmannstraße. Ein Kraftwagen des Franzos-Regiments fuhr vom Halleschen Tor her die Belle-Alliance-Straße hinauf und bog in die Bergmannstraße ein. In demselben Augenblick kam ein Militärkraftwagen der Bergmannstraße entlang gefahren. Der erste Wagen schleuberte auf dem schlüpfrigen Pflaster. Die Folge war ein Zusammenstoß mit dem Lastwagen. Zum Glück wurden beide Fahrzeuge ziemlich langsam. Trotzdem wurden beide Wagen schwer beschädigt, die Fahrer aber kamen ohne jede Verletzung davon.

Vom Jahrsuhl getötet wurde am Mittwochsabend der 51 Jahre alte Meister G. Neumann, Johstr. 14, der im Hause Johannisstr. 11 mit Reparaturarbeiten beschäftigt war. Während N. am Jahrsuhl arbeitete, setzte eine Schwester des in demselben Hause befindlichen Lazarets, ohne zu wissen, daß N. mit Reparaturarbeiten an dem Aufzug beschäftigt war, denselben in Bewegung. N. wurde so unglücklich eingeklemmt, daß sein Tod bald darauf eintrat.

Auf der Straße vom Tode überrascht worden ist ein Arbeiter Ferdinand Ged. Er wurde vorgehen im Hausflur des Grundstücks Kaiser Wilhelm-Straße 40 bestimmunglos aufgefunden und nach der Hülfswoche in der Reibelstraße gebracht. Hier konnte der Arzt nur seinen Tod, nicht aber die Ursache feststellen. Die Leiche wurde daraufhin zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht.

Wer hilft den Frauen der Krieger und der Arbeitslosen.

Ueber dieses Thema referierte in einer Dienstag in Neukölln abgehaltenen Frauenversammlung die Genossin Luise Pleg. In ausführlicher Weise schilderte sie die aufopferungsvolle Tätigkeit der Genossinnen in der Unterstützungs-Kommission und in der Kranken- und Wöchnerinnenpflege. Anerkennend gedachte sie der Kinderveranstaltungen, die jetzt in Neukölln arrangiert werden. Aber trotz dieser sozialen Betätigung sind wir es den im Felde stehenden Kriegerinnen schuldig, im Sinne des Sozialismus zu wirken. Diese Aufgabe könnten wir jetzt erfüllen, indem wir der Organisation und dem „Vorwärts“ die Treue bewahren und unsere Kinder in sozialistischer Weise erziehen. Das Referat wurde in der außerordentlich stark besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden vollzogen.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten im Magistrat und in der Schuldeputation.

Die Stadtverordnetenversammlung in Vielesfeld vom 2. Dezember wählte den Genossen Severin in die Schuldeputation und in den Vorstand der Mittelschulen, und die Genossen Eilers und Hoffmann in den Magistrat. Die konservativen Stadtverordneten stimmten bei den Wahlen zum Magistrat gegen die sozialdemokratischen Kandidaten.

Gewerkschaftliches.

Die Internationale der Metallarbeiter.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt vor einiger Zeit eine Konferenz ihrer Funktionäre ab mit der Tagesordnung: „Die Lage der dänischen Metallarbeiter während des Krieges.“ Referent war der Vorsitzende des dänischen Metallarbeiterverbandes, Genosse Hansen.

An der Versammlung nahm auch der Sekretär des internationalen Metallarbeiterbundes, Genosse Schlick-Stuttgart, zur Aussprache über die Lage im Allgemeinen teil.

Hansen schildert die Lage des dänischen Erwerbslebens, das in den ersten Wochen des Krieges stagnierte. Der Krieg unterband zunächst die Rohstoffzufuhr und die Zufuhr von Kohle aus England und Deutschland. Die Arbeitslosenziffern stiegen rapide. Die Lebensmittelzufuhr nahm aber ungehinderten Fortgang, so weit es sich um die eigenen Landesprodukte der dänischen Landwirtschaft handelte. Da die Zufuhr abgeschnitten war, stiegen die Lebensmittelpreise um rund 10 Prozent, so daß bei der verminderten Arbeitslosgelohnen die Lage der Arbeiter bedroht war.

In dieser Situation griffen Regierung und Parlament ein. Eine Reihe von Notgesetzen wurde erlassen, die eine Unterstützung der ausgefallenen Mitglieder der Arbeitslosenklassen und der nicht Arbeitslosenklassen angehörenden Arbeiter betrafen, ferner die Kontrolle der Lebensmittelpreise, die Sicherung der Schifffahrt durch Seeversicherung unter staatlicher Garantie usw., regelten.

Durch diese und weitere Maßnahmen ist es gelungen, das Erwerbsleben wieder ein wenig zu beleben, so daß die Arbeitslosigkeit nicht schärfer um sich griff.

Der Krieg hat auch die Mobilisierung eines Teiles des Heeres zur Sicherung der Neutralität des Landes notwendig gemacht. Für die Familien der Einberufenen sind von staatlicher Seite weitgehende Unterstützungs-Einrichtungen getroffen worden. Zum Zwecke dieser Mobilisierung haben die Sozialdemokraten im Reichstoge für einen Kredit von 10 Millionen Kronen gestimmt. Dadurch ist auch das radikale Ministerium am Ruder gehalten worden, das, von der Arbeiterpartei unterstützt, die absolute Neutralität des Landes aufrecht erhält.

Bei den dänischen Metallarbeitern ist die Arbeitslosigkeit nicht so bedeutend. Von 13 000—14 000 Mitgliedern des Maschinenbauerverbandes sind rund 600 arbeitslos und bei den übrigen Organisationen der metallindustriellen Arbeiter ist das Verhältnis nicht ungünstiger. Durch das jetzt bestehende Kartell der Arbeiterorganisationen in der Metallindustrie ist ein planmäßiges Zusammenwirken gewährleistet.

Die dänischen Metallarbeiter sind durch den Krieg in ihrem Festhalten an dem Gedanken der internationalen Brüderlichkeit der Arbeiter nicht erschüttert worden. Sie wollen insbesondere, daß der internationale Metallarbeiterbund aus dieser Krise ungeschwächt hervorgeht, und daß nichts geschieht, was das Zusammengehen der Metallarbeiter aller Länder stören könnte. Mit den deutschen Metallarbeitern sind wir durch viele Bande der Solidarität in guter Freundschaft verbunden. Redner erinnert sich noch mit großer Freude der verständnisvollen Aufnahme, die er im Jahre 1899 bei dem großen Kampfe der dänischen Metallarbeiter in Berlin gefunden habe. Diese brüderliche Solidarität und Freundschaft ist seitdem immer mehr gefestigt worden, und er hoffe, daß es auch in Zukunft so bleiben werde. (Beifälliger Beifall.) In diesem Sinne übermittelt er den deutschen Metallarbeitern in dieser schweren Zeit die brüderlichen Grüße der dänischen Kollegen. (Beifälliger Beifall.)

Runmehr erhielt der Genosse Schlick das Wort und fügte etwa folgendes aus:

Der ernste Wille, trotz aller Schwierigkeiten das, was wir in unseren Organisationen aufgebaut, durchzuhalten, besetzt auch uns. Die Leberzeugung, daß wir es müssen, vor allem aber, daß wir es können, ist uns gemein mit unseren skandinavischen Genossen. Auch unter stärkerem Druck, als wie er jetzt auf uns und vielen unserer Arbeitsbrüder in am Krieg direkt beteiligten und völlig unbeteiligten Ländern lastet, würden wir unsere Organisationen aufrechterhalten müssen.

Nicht ganz aus sich selbst heraus sind unsere Organisationen das geworden, was sie sind, und nicht ganz freiwillig haben wir über die Grenzen unseres Landes hinaus unseren Arbeitsbrüder des Auslandes die Hand zum Grunde gereicht. Die Ursachen solcher Verbindungen im Innern wie darüber hinaus sind die gleichen, und darin liegt die Macht ihrer Aufrechterhaltung auch über die schwerste Zeit hinaus. Weder Diktatur der Herrschenden noch Verzagtheit der Beherrschten vermag davon etwas zu ändern. Darum sind auch die Zweifel an der Existenzfähigkeit der Arbeiter-Internationalen ungerechtfertigt. Die Binsenwahrheit, die Karl Marx 1888 bei Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation

den Arbeitern zuzuführen, besteht heute noch zu recht. Auch heute gilt, daß

die Erfahrung der Vergangenheit gelehrt hat, daß die Wichtigkeit des Bandes der Brüderlichkeit, welches zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder bestehen und sie anspannen sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinander zu stehen, daß durch allgemeine Vereitelung ihrer unzusammenhängenden Anstrengungen bestraft.

Darum sind auch die Versicherungen, daß die Internationale „zerschmettert am Boden liegt“, nicht tragisch zu nehmen. Die erste Internationale erlag kriegerischen Wirrungen, lebte aber in der zweiten wieder auf unter normalen Verhältnissen. Die zweite Internationale, die heute von der Ueberzeugung von Millionen Arbeitern getragen wird, liegt nicht zerschmettert am Boden, sie lebt und wird beim Eintritt normaler Verhältnisse wirken sie zuvor. (Sehe richtig.) Unseren gewerkschaftlichen Organisationen braucht um ein späteres internationales Zusammenwirken schon deswegen nicht bange zu sein, weil wie bisher unsere Gegner durch Ausspielen der Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander und den Weg weisen werden. Nur dieser einfache Hinweis wird dem rückständigsten unter uns die Augen über die Zukunft öffnen. Zerschmettert kann nur der die Internationale betrachten, der international und national in Gegensatz zueinander stellt. Der aufgeklärte Mensch betrachtet die Betätigung auf internationalem Gebiet, internationale Empfinden, nicht als Gegensatz zu nationalem Empfinden, sondern als eine höhere Stufe der Entwicklung. (Sehe richtig.) Nationales Empfinden, Anerkennung der Nationalität, ist allen Völkern eigen, ist die Vorbedingung zu wirksamer internationaler Betätigung. Auch die Arbeiter können sich diesen Notwendigkeiten, diesen Empfindungen nicht entziehen. Sie verstehen auch dadurch nicht gegen ihr Klassenbewußtsein, gegen ihre geschichtliche Mission, sondern sie fördern sie. Da ein jedes Volk nur Kraft bestimmter Eigenschaften, die untrennbar sind von der ihm zugehörigen Scholle, sich emporheben kann, haben die Völker ein Interesse daran, diese Eigenschaften zu erhalten, weil dies ihr Lebensnerv ist. So den Nationalismus aufzufassen, ist er die Triebfeder zu Fortschritten, ist er die Wurzel der Kraft, die uns befähigen soll, mit anderen Völkern im Interesse der Gesamtheit zusammenzuarbeiten.

Hern gebe ich zu, daß leider der Kampf um die Nationalität in den aufgeregten Zeiten nicht freizubehalten war von einem gewissen Chauvinismus. Solche Verirrungen bedeuten aber keine Gefahr für den Gedanken selbst, sondern sind höchstens ein Gradmesser für den Erfolg unserer Aufklärungsbestrebungen. Im allgemeinen darf die deutsche Arbeiterschaft von sich ohne Ueberhebung behaupten, daß sie jenem Chauvinismus fernsteht, auch dann, wenn es ihr nicht gelungen ist, alle Köpfe mit genügender Klarheit zu versehen. Geheißt das aber nur bei uns? Sind wir nur die Sünder gegen unsere Grundsätze? Wir, die wir den Internationalismus stets vorangestellt, die wir Kraft unserer sogenannten germanischen Eigenschaften, der Gesittetheit, unsere eigenen Vorzüge gegenüber anderen stets zurückgestellt haben, wir, die wir überall in selbstloser Weise Kämpfe anderer Arbeitsbrüder unterstützt haben, die wir den Gedanken der Organisation modernisiert haben, wir sollen die Internationale zerschmettert haben?

Trauernd vernehmen wir, daß ein langjähriger Freund jenseits des Kanals seinen Kollegen zuruft: „Für Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet müssen wir mithelfen.“ Ueberwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet trifft auch die Arbeiter. Bisher und auch fürderhin dürfen die deutschen Arbeiter für sich in Anspruch nehmen, mitgewirkt zu haben an der Einickelung Deutschlands in die Reihe der modernen Mächte auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete überwinden, heißt unsere Arbeit vernichten; und dagegen wenden ist unsere heiligste Pflicht, ist unsere Pflicht als Pfleger der internationalen Solidarität. (Bravo.) Die deutschen Arbeiter haben den Krieg so wenig gemacht, so wenig gewollt wie die Arbeiter jeder anderen Nation. Wir haben ihn ebensowenig verhindern können, wie die anderen, die uns heute Vorwürfe machen können. Wir lehnen eine Stärkung der eroderungslustigen Richtung unserer Nation mit derselben Entschlossenheit ab, wie jeden Eingriff auf unsere nationale Selbstständigkeit. In diesem Gedanken führen wir uns ein mit den deutschen Arbeitern (Bravo!) als auch mit den Arbeitern aller Kontinente. Darum weisen wir auch den Gedanken, die Internationale aus Deutschland aus Anlaß des Krieges zu verlegen, zurück, erklären uns aber bereit abzutreten, wenn man uns nachweist, daß wir in der Aufrechterhaltung unserer Nationalität die allgemeine Arbeiterbrüderung gehindert haben.

In dieser Auffassung der durch den Krieg geschaffenen Lage glaube ich einig zu gehen mit der wirklich zielbewußten Arbeiterschaft der Welt, und darum ist mir, mag der Krieg ausgehen wie er will, um die Zukunft nicht bange. Aber auch darüber will ich keinen Zweifel lassen, auch mein schärfster Wunsch ist, daß wir uns in dem unglückseligen Kriege behaupten im Interesse des Wohles der gesamten Menschheit. (Rebhafter, alleseitiger Beifall.)

Nach einigen Bemerkungen Cohens fand die Konferenz ihr Ende.

Berlin und Umgegend.

Burgfriede bei Siemens u. Halske.

Nach den gegebenen Versicherungen könnten die bei Siemens u. Halske eintretenden Arbeiter glauben, daß der wirtschaftliche Waffenstillstand auch für diese Firma gelte. In der Praxis sieht die Sache aber etwas anders aus. Ein Schulbeispiel liegt vor. In einem Schreiben der Firma vom 17. v. M. an einen Arbeiter steht folgender Satz:

„Es ist freier Wille, ob Sie dem Werkverein beitreten oder nicht.“

Ob aber ein Arbeiter, wenn er den Eintritt in den gelben Verein nicht vollziehen will, trotzdem eingestellt wird, darüber schweigt sich die Firma in dem Schreiben aus. Nach folgendem Vorkommnis ist es allerdings zu bezweifeln. Ein Arbeiter, der in dem Betrieb zunächst eingestellt worden war, trat bei Meister Müller in der Franklinstraße in Arbeit. Dabei ist es ihm folgendermaßen ergangen: Er wurde gleich am ersten Tage nach dem Prüftag ins Lohnbüro beordert. Er lieferte seinen Schein vom Nachweis in der Bustershäuser Straße ab. Der Beamte forderte dann den Zettel vom Werkverein zur Unterschrift, auch wurde die gelbe Bundeskarte verlangt, d. h. die Bescheinigung darüber, daß der Arbeiter den gelben Nachweis passiert hat. Der Arbeiter gab an, weder Karte noch Zettel zu haben, worauf der Beamte erklärte: „Wenn Sie nicht unterschreiben, dann können wir Sie auch nicht weiter beschäftigen.“

Der Meister sagte dem Arbeiter nachher, er könne daran nichts ändern. Also: entweder sich in den gelben Verein pressen lassen oder aufhören. Die Firma Siemens u. Halske darf sich nicht wundern, daß jeder in seinem Fach besonders tüchtige Arbeiter den Betrieb meidet.

Deutsches Reich.

Kriegsmaßnahmen des Bauarbeiterverbandes.

Wie die meisten Zentralverbände, so hat auch der Bauarbeiterverband bei Kriegsausbruch ein Unterstützungsweesen den neuen

und außerordentlichen Verhältnissen angepaßt. An Stelle der statutarischen Arbeitslosenunterstützung, die nur auf die Dauer von acht Wochen gezahlt wurde, trat eine besondere Notstandsunterstützung, deren Bezugsdauer nicht begrenzt war. Diese Maßnahme war notwendig, da die verschlechterten Ernährungsverhältnisse eine achtwöchige Unterhaltungsperiode als ungenügend erscheinen ließen. Neben dieser Notstandsunterstützung, die an alle erwerbslosen Mitglieder mit mindestens einjähriger Mitgliedschaft gezahlt wurde, ganz gleich, ob sie vorher schon als Kranke oder Arbeitslose ausgemerzt waren, zahlte der Verband den Familien der zum Kriege eingezogenen Mitglieder im Oktober eine einmalige Unterstützung als Weihnachtsbeihilfe in der Höhe von 9-12 Mark.

Die Aufwendungen für diese Unterstützungsmaßnahme beliefen sich bis Ende Oktober auf 1.870.000 Mark, wovon rund 600.000 Mark auf die Familienunterstützung entfielen.

Die zuständigen Verbandkörperschaften haben dieser Tage beraten, ob und in welcher Weise diese Maßnahmen weitergeführt werden können. Es war zu berücksichtigen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit, der im Oktober auf rund 12 Prozent zurückgegangen war, in den nächsten Monaten sicherlich stark wachsen wird. Schon der November weist größere Arbeitslosigkeit auf und Dezember und Januar werden zweifellos ein weiteres Answellen der Arbeitslosigkeit bringen. Die statutarische Arbeitslosenunterstützung wurde in den Monaten Januar und Februar nicht gezahlt. Es lag nahe, auch die Notstandsunterstützung für diese zwei Monate ruhen zu lassen. Vorstand und Beirat kamen jedoch nach gründlicher Prüfung der Vermögenslage des Verbandes zu dem Ergebnis, die Zahlung der Notstandsunterstützung nur für Januar auszusetzen, sie im Februar dagegen wieder aufzunehmen. Dagegen wurde nun eine feste Bezugsdauer von 15 Wochen festgesetzt, was nahezu einer Verdoppelung der statutarischen Ansprüche gleichkommt. Arbeitslose, die im Jahre 1914 noch keine oder noch nicht für 15 Wochen Unterstützung erhalten haben, können diese vom Februar an, nach Zurücklegung einer achtstägigen Karenzzeit, bis auf die Höchstdauer von 15 Wochen beziehen. Daneben soll auch wieder eine Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer bezahlt werden; sie soll zu Weihnachten in gleicher Höhe wie im Oktober zur Auszahlung kommen.

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat dem Reichstage und dem Reichsamt des Innern eine Eingabe unterbreitet, die mit guten Gründen die Bereitstellung von Reichsmitteln zur Unterstützung der Gemeinden befürwortet, die zu schwach sind, um aus eigenen Mitteln Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Nachdem über den Umfang der Arbeitslosigkeit berichtet ist, heißt es in der Eingabe:

„Es ist leider nicht darauf zu hoffen, daß sich die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten verringern wird. Nicht allein die Witterungsverhältnisse werden ein hartes Answellen der Arbeitslosigkeit mit sich bringen, auch die Fertigstellung von Bauten, die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Angriff nehmen ließen, wird viele Hände zum Stillstand bringen. Darf man auch wohl hoffen, daß die Behörden weitere Bauaufträge vergeben werden, so muß man aber doch damit rechnen, daß viele öffentliche Bauwerke durch die vielgestaltigen Pflichten, die ihnen der Krieg auferlegt, zu sehr erschöpft sein werden, um noch wesentliches für die Arbeitsbeschaffung tun zu können. Und von der privaten Bauwirtschaft ist aus Gründen, die für jeden Kenner des Wirtschaftslebens offen zutage liegen, auch für die nächste Zukunft nichts zu erwarten.“

Obwohl die Vorlage der Reichsregierung die Verwendung von Geldern für diese Zwecke vorsieht, bleibt doch noch abzuwarten, wie die Regierung von diesem Rechte, leistungsschwachen Gemeinden die Erfüllung ihrer sozialen Kriegspflichten zu ermöglichen, Gebrauch macht.

Aus Industrie und Handel.

Wie die Höchstpreise für Kartoffeln umgangen werden.

Im Westen ist die Einführung von Kartoffelhöchstpreisen fast völlig wirkungslos geblieben, wie Erfahrungen auf dem bedeutenden Kölner Markt lehren. 3,05 M. ist der Preis für Produzenten, aber in Köln wurden 5 M. und mehr von den Konsumenten gefordert, und man sah viele Frauen verzweifelt vor der Ware stehen, die sie nicht kaufen konnten; sie wußten nicht, daß der Preis von 3,05 M. den Landwirten bei dem Verkauf ab Erzeugungsstelle an den Händler zusteht. Ehe die Kartoffeln in Köln an die Hausfrauen kommen, lösten sie nahezu das Doppelte.

Vielfach werden daneben die Höchstpreise umgangen. Aus dem wichtigen rheinischen Kartoffelproduktionsgebiet in der Gegend Andernach-Roblenz-Mayen wird mitgeteilt, daß die Verläder dieses Gebiets 50 bis 80 Pf. Fuhrgeld pro Zentner zahlen, obwohl es seit Jahren üblich war, daß der Bauer seine Ware ohne Fuhrlohn zur Bahn bringt. Andere Verläder geben dem Bauern einfach den höheren Betrag als Frachtgeld. So wird die Festsetzung von Höchstpreisen umgangen, und der Bauer, der in normalen Zeiten etwa zwei Mark pro Zentner beläuft, streicht jetzt den doppelten Betrag ein. Die notwendige Folge dieser Bewunderung der Bevölkerung ist die Konflation der Kartoffeln, um die sonst eintretende allgemeine Volksschädigung zu vermeiden.

Aus der Eisenindustrie. In der Hauptversammlung des Stahlwerkverbandes wurde über die Geschäftslage mitgeteilt: Eine Anzahl inländischer Verbraucher, die ihren Betrieb infolge der Verkehrsbehinderungen vorübergehend einstellen müssen, haben nach und nach die Arbeit wieder aufgenommen. Eine erhebliche Steigerung des inländischen Abzuges ist indes bei der gegenwärtigen Lage des Marktes für die Fertigprodukte nicht zu erwarten. Der Verkauf für das erste Vierteljahr 1915 wurde zu den bisherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Mit dem neutralen Auslande konnten wieder einige größere Geschäfte getätigt werden.

Die französischen Sparkasten „Der Temps“ meldet: Die Einzahlungen der Sparkasten vom 21. November bis 30. November betragen 509.844 Franken, die Auszahlungen 6.450.677 Franken. Die Auszahlungen überstiegen seit 1. Januar die Einzahlungen um 101.084.570 Franken.

Soziales.

Haftung des Marinefiskus wegen Bleivergiftung.

Das Reichsgericht hat am Dienstag ein auf dem Gebiete des Arbeiterrechts bemerkenswertes, früheren Entscheidungen desselben Gerichts entsprechendes Urteil gegen den Marinefiskus als Arbeitgeber gefällt. Es handelt sich um die Anwendung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Nach dieser Gefahrvorschrift, die für Arbeitsverträge jeder Art gilt, ist der Dienstherr verpflichtet, die unter seiner Anordnung oder Leitung vorzunehmenden Dienstleistungen so zu regeln, daß der Dienstverpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als es die Natur der Dienstleistung gestattet. Trifft in dieser Beziehung den Dienstherrn selbst oder seine Angestellten, für die er nach § 278 B.G.B. einzustehen hat, eine Fahrlässigkeit, so ist er dem Geschädigten zum Schadenersatz verpflichtet. Das gilt auch für staatliche Betriebe. Natürlich muß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der körperlichen Schädigung des betroffenen Arbeiters und der Fahrlässigkeit seines Dienstherrn bzw. dessen Vertreters oder Angestellten gegeben sein.

Der Kläger stand seit 1896 bis 1911 als Schiffsbauer im Dienst der Kaiserlichen Werft in Danzig. Er ist nach seiner Verhaftung während dieser Zeit wiederholt an Bleivergiftung erkrankt ge-

wesen, und zwar zuletzt im April 1911; infolgedessen ist er völlig erwerbsunfähig geworden. Tatsächlich hat sich bei ihm jetzt eine so vollständige Lähmung des rechten Armes eingestellt, daß er nicht einmal mehr imstande ist, einen Meißel in der rechten Hand zu halten. Hierfür macht er den Marinefiskus verantwortlich, indem er behauptet: seine Vorgesetzten hätten seine früheren Bleivergiftungen gekannt und hätten ihn deshalb von jeder Berührung mit Bleifarben abhalten müssen; der Fiskus habe auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung von 1906 über den Verkehr mit bleihaltigen Farben nicht die darin aufgestellten Vorschriften beachtet. Der beklagte Marinefiskus wendet hiergegen ein: der Kläger sei nur ein einzigemal, und zwar im Jahre 1904, an Bleivergiftung erkrankt gewesen, die Bundesratsverordnung von 1906 sei deshalb nicht anwendbar; vor allem aber fehle der ursächliche Zusammenhang; der Kläger sei nämlich Neurastheniker und daran sei seine Erkrankung, insbesondere die Lähmung des Armes, zurückzuführen.

Das Landgericht Danzig nahm an, ein vom Fiskus zu vertretendes Verschulden liege insofern vor, als er nicht die nötigen Vorkehrungen zur Verhütung von Erkrankungen getroffen habe. Der Kläger sei zu 60 Proz. erwerbsunfähig. Es seien 40 Proz. auf die Bleivergiftung und 20 Proz. auf die Neurasthenie zu rechnen. Es verurteilte den Fiskus zur Zahlung einer Rente von rund 600 Mark. Das Oberlandesgericht Marienwerder erkannte den Rentenanspruch im vollen Umfang bis zum 55. Lebensjahre als dem Grunde nach gerechtfertigt an. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Es ist als erwiesen anzusehen, daß der Kläger tatsächlich noch im April 1911 an Bleivergiftung erkrankt ist. Diese Erkrankung hat nach dem ärztlichen Gutachten zwar nicht die jetzt bestehende Lähmung des rechten Armes zur Folge gehabt, sondern diese Lähmung ist hysterischer Natur. Sie steht aber mit der Bleivergiftung im Zusammenhang, insofern der Kläger als Neurastheniker während seiner Bleierkrankung seine ganze Vorstellung auf die ihm besannenen Folgen der Bleivergiftung richtete und dadurch (infolge der psychischen Einwirkung) die völlige Lähmung des Armes zur Entdeckung gelangte. Der ursächliche Zusammenhang zwischen der Bleierkrankung des Klägers im Jahre 1911 und der Lähmung des Armes ist deshalb gegeben. Die Vertreter und Angestellten des Fiskus, die die vom Kläger im Jahre 1911 vorgenommene Arbeit (Ausräumen eines alten Korbenanstrichs) angeordnet haben, mußten auch damit rechnen, daß diese alle Farbe gleichmäßig sein konnte. Sie mußten deshalb darauf achten, daß die Vorschriften der Bundesratsverordnung von 1906 befolgt, daß insbesondere bei der Arbeit Rundschwämme benutzt wurden. Das aber ist nicht geschehen. Das Verschulden seiner Vertreter und Angestellten muß der Fiskus nach § 278 B.G.B. gegen sich gelten lassen. Der Klagenanspruch ist hiernach dem Grunde nach gerechtfertigt.

Das Reichsgericht wies am Dienstag die vom Marinefiskus gegen dies Urteil eingelegte Revision zurück.

Die in diesem Urteil niedergelegten Grundsätze finden auf alle jene durch sogenannte Gewerkearbeiten verursachten Minderungen der Erwerbsfähigkeit Anwendung. Solche Fälle rechnen nicht als Unfälle, weil die Pflöchlichkeit des den Unfall herbortreffenden Ereignisses fehlt. Der Bundesrat ist berechtigt, die Gewerkearbeiten den Unfällen gleichzustellen. Da dies noch nicht geschehen ist, finden die dem Arbeiter hinsichtlich der Höhe des Schadenersatzes günstigeren allgemeinen zivilrechtlichen Vorschriften auf solche Fälle Anwendung.

Gerichtszeitung.

Pensionatspreller.

Ein Schwindler, der in der Rolle eines Dr. von Conrad aus der Kgl. Charité zahlreiche Pensionatsinhaberinnen sowie Klavier- und Sprachlehrerinnen empfindlich geschädigt hatte, wurde gestern von der Untersuchungskammer des Landgerichts I vorgeführt.

Es handelte sich um den Kaufmann Julius Jochim, der schon über die Hälfte seines Lebens in den Justizhäusern und Gefängnissen zugebracht hat. Der Angeklagte ist jetzt 36 Jahre alt, hat aber schon über 20 Jahre Gefängnis und Justizhaus hinter sich. Nach Verbüßung seiner letzten Strafe in München kam er nach Berlin, wo er die jetzt zur Anklage stehenden Straftaten verübte. In der Rolle eines „Dr. von Conrad, Oberarzt an der Königl. Charité“ erschien er u. a. bei mehreren Sprachlehrerinnen und gab an, daß er für seine Schwägerin, eine Frau von Gordon, Sprachunterricht suche. Im Laufe des Gesprächs hat er dann um ein Glas Wasser. Während dieses geholt wurde, verstand es der Angeklagte mit fabelhafter Geschicklichkeit, mittels eines Nachschlüssels irgendein Verhältnis zu öffnen, in dem er Wertgegenstände vermutete. In den meisten Fällen fielen ihm goldene Uhren oder die Geldbörsen der Wohnungsinhaberinnen in die Hände. Die gestohlenen Wertgegenstände verkaufte er mit Hilfe eines Pöfles, den er einem amerikanischen Rusfloren, einem Keger namens Holman, in dem Apollo-Hotel gestohlen hatte. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen gemeingefährlichen Verbrecher handelte, vor dem das Polizeipräsidium hatte öffentlich warnen lassen, erkannte die Strafkammer auf 3 Jahre Gefängnis.

Geschwüdriges Urteil.

Der Gerichtsbericht, nach dem unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Boges ein Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt ist, ist nicht zureichend. Es ist auf drei Jahre Gefängnis, nicht aber auf Ehrverlust erkannt. Die irrtümliche Verurteilung findet sich auch in anderen Zeitungen und beruht offenbar auf einem Hörschleier des Gerichtsreporters.

Kleine Nachrichten.

Ein skrupelloser Kriegsspekulant.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß der starke Bedarf an Liebesgaben aller Art profitierbaren Spekulanten die Möglichkeit gibt, als „Liebesgaben“ dem Publikum minderwertigen Schund für teures Geld anzuhängen. Die skrupellos einzelne in der Herstellung von „Liebesgaben“ sind, wird in der Sonner „Deutschen Reichs-Zeitung“ wie folgt erzählt: Vor einigen Tagen mußte ein Militär-Transportzug an der Perlethorstraße vor dem Bahnhof halten. Ich sah, wie ein Soldat aus einem Wagen stieg und etwa zwanzig Zigaretten mit beiden Händen gedrückte. Mit den Worten: „Da, so'n Zeug können wir nicht brauchen“, gab er die gedrückten Zigaretten einem jungen Manne. Die Umstehenden ließen sich die Zigaretten zeigen, und was sah man? Unglaublich! Nicht ein halbes Gramm Tabak war an diesen sonderbaren Rauchstengeln. Sie bestanden von innen und außen aus braunem, dem Tabak ähnlich gemachten Papier. Und dieses Zeug sollten unsere Krieger rauchen. Ich weiß nicht, wo man ihnen die papierenen Zigaretten gegeben hat, hier in Bonn — was ich aber nicht glauben kann — oder auf einer anderen Station. Jedenfalls verdient eine solche „Liebestätigkeit“ niedriger gedünkt zu werden.

Eine Menschenfreundin.

In der Kirchen-Zeitung der Pfarre St. Andreas (Nr. 45) lesen wir folgenden Abschnitt aus dem Kriegstagebuch eines Freiburger Pfarrers:

10. September. Daß unsern Kriegern im Felde die beste und reichliche Nahrung gehört, und daß die Zurückbleibenden an sich

haben müssen für ihre Verteidiger, das hat am schnellsten und treuesten das schlichte, einfache Volk begriffen, jenes Volk, das für gewisse Leute nur der „Pöbel“ war. Dagegen haben einzelne — wohlgeehrt, nur einzelne — Vertreter des vornehmen Volkes es fertiggebracht, bei der Einquartierung während der Mobilmachung die Mannschaften im Souterrain, auf deutsch Keller, schlafen und in der Backstube essen zu lassen; auch mußten sie von den Soldaten mittels der gedruckten antiken Vorschriften belehrt werden, was ein Kriegermagen zum Leben bekommen muß. Eine sehr reiche Dame, die entsprechend ihrem Vermögen und ihrer Wohnung mit einer starken Kriegergarde bedacht war, kaufte persönlich in größerer Menge — Hundeluchen ein, das gebe eine vorzügliche Suppe für die Einquartierung. Stände es in meiner Nacht, so müßte diese Weibsverson nach dem Frieden gerade so lange als der Krieg dauerte, eine Vodelur und Sommerfrische bei Hundeluchen durchmachen. Ihre Tat rechne ich unter die himmelschreienden Tünden.“

Folgeschwerer Zusammenstoß.

Durch Zusammenstoß eines Automobils mit einer Lokomotive wurde der Inspektor eines Sanitätsdepot's Scharnack aus Pasterburg getötet, Frau und Tochter verlegt, während zwei kleine Kinder unverletzt blieben.

Großfeuer in einem oberbayerischen Dorfe.

Durch eine große Feuersbrunst wurden in der Nacht zum Donnerstag in dem an der Har gelegenen und durch seinen Weizenbau berühmten Marktort Mittenwald 26 Häuser eingedampft. Der Schaden ist sehr groß. Menschenverluste sind nicht zu beklagen. Die Abgebrannten, die wenig versichert sind, konnten größtenteils nur das nackte Leben retten.

Explosion in einer englischen Pulverfabrik.

Sie aus London gemeldet wird, sind bei einer Explosion in einer Lyditfabrik in einem Dorfe bei Bradford sechs Personen getötet und zahlreiche verwundet worden.

Parteiveranstaltungen.

Vierter Wahlkreis, Stralauer Viertel. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet in den Parkgrotten, Parkgrottenweg 34, ein Lichtbildvortrag statt über „Bilder vom Kriege“ (120 Bilder). Vortragender H. Gen. S. Barentzin.

Bezirk Pankow. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Oberbach eine öffentliche Frauenversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht das Thema: „Wer hilft den Frauen der Krieger und der Arbeitslosen?“ Referentin Genossin Zick.

Jugendveranstaltungen.

Preis-Budow. Sonntag, den 6. Dezember, nachm. 2 Uhr, wird ein Spaziergang unternommen. Treffpunkt Dönnemann- oder Kunguisstraße. Abends 6 Uhr: Zusammenkunft bei Beder, Chausseestr. 97.

Eingegangene Druckschriften.

Das Volk und sein Zinat. Politik aus dem Nachlaß von H. Dandlhofer. Herausgegeben von H. Cohen. 350 R., geb. 4,50 R. G. Reinhardt, München.

Kriegsgeheimnisse 1914. Monat Oktober. Nach amtlichen Berichten zusammengestellt. 40 R. Sell u. Wiedert, Berlin NW. 6.

Das Völkerringen 1914. Heft 2. Von F. R. Kirchheim. 50 Pf. H. A. Sauerländer, Karau (Schweiz).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anzeiger in ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. B. 62. Da, stellen Sie Antrag bei der Steuerkasse. — **W. B. 100.** Haben Sie Ihren Austritt vor dem Amtsgericht erst 1913

erklärt, so müssen Sie Kirchensteuer auch noch für 1914 zahlen. — **W. B. 50.** In beiden Fällen wird voranschlägliche eine Verrentungszahlung von 27 R. pro Monat gewährt, dazu eine Teilrente von 540 R. jährlicher Sollrente. — **Weißbach.** Ist zulässig. — **C. H. 98.** Eine Einziehung ist möglich. — **G. G. 18.** Darüber entscheidet der Militärarzt und die Militärbehörde. — **C. W. 59.** Stellen Sie einen Antrag auf Unterstufung bei der Steuerkasse. — **Neufeld 12.** Rufen Sie sich jetzt noch nachträglich beim Bezirkskommando. — **W. B. 100.** Stellen Sie Antrag auf Gewährung der Invaliden-Rente bei der Landesversicherungsanstalt. — **H. K. 71.** Sie können erneut ein Gesuch an das Landgericht stellen unter Beiliegung einer Einmüßigungserklärung der geschiedenen Ehefrau. — **W. B. 77.** 1 und 2. Nein. — **W. B. 69.** Die Zeichen aus Ihrem Militärpass können unumgänglich richtig wiedergegeben sein. — **H. W. 68.** Beantragen Sie bei der Steuerkasse nochmals Unterstufung; im Falle der Ablehnung fähren Sie Beschwerde beim Magistrat. — **H. J. 32.** 1. Nein. 2. Das ist nicht ausgeschlossen. — **Sozialdemokrat H. 24.** Ja, wenn die Verrentung nach § 264a des R.-Str.-G.-B. und wegen Unterstufung nach §§ 242-248a des R.-Str.-G.-B. und § 188 des R.-Str.-G.-B. erfolgt ist. — **F. K. 8814.** Häresis Erankens verliert der Zwang zum Kirchenbesuch gegen höhere Anordnung. — **H. K. 25.** Nein. — **H. K. 27.** Zur Unterstufung noch einmal vorgemacht. — **W. B. 82.** Der Vertrag ist gültig; müßte aber geltend gemacht sein, sie können deshalb in eine geringe Strafe genommen werden. — **H. J. 12.** Auch der Kriegsehrwürdige hat Anspruch auf Rente. — **W. B. 23.** Ist die Verrentung auf Grund der §§ 196, 197 des Strafgesetzbuchs erfolgt, so fällt die Strafe durch den Amnestieerlass in Wegfall. — **Z. B. 22.** Die Angehörigen von Wehrleuten erhalten keine Unterstufung. — **H. G. 6b.** Die Steuern müssen gezahlt werden. Beantragen Sie bei der Steuerbehörde Stundung der Katenzahlung. — **H. V.** Sie können Aussetzung des Verfahrens bis nach Beendigung des Krieges beantragen. Wenn die Klärung aber den Tod herbeiführt und Sie verurteilt werden, kann Ihnen der Lohn gepfändet werden. — **G. Z. 26.** Beantragen Sie Weiterzahlung der Unterstufung erst, verlangen Sie einen Mietvertrag. — **Z. 17.** Verlangen Sie vom Wit auf Grund Ihres Mietvertrages eine Befreiung der Katenzahlung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Zunächst allmählich fortschreitende langsame Erwärmung und Erhellung. Im Westen und an der Küste weit verbreitete Regenschauer. Dann wieder vielfach heiter, aber kühl. Deutlich der Ober nur vereinzelt etwas Regen.



**Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Genossen!**

Am 24. Oktober fiel bei den Kämpfen im Osten unser Bezirksführer des Bezirks 326, der Diener

Adolf Grunwald
Gubener Str. 22
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 4. November fiel in den Kämpfen im Westen der Kaler

Franz Nuszowski
Gleisstr. 17. 7. Abt., Bez. 578.

Am 19. Oktober in den Kämpfen im Osten der Stuttfger

Fritz Liepner
Gleisstr. 10. 7. Abt., Bez. 579.

In den Kämpfen im Westen der Pommer

Albert Pollmann
Kosfelder Str. 31. 14. Abt., Bez. 603.

Am 17. September in den Kämpfen im Westen

Gustav Abraham
Föhner Str. 10. 21. Abt., Bez. 759.

In einem Kugelhiebgefecht am 11. November im Westen der
Maschinenformier

Albert Fleischer
Bullmannstr. 11. 18. Abt., Bez. 806a.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am 25. Oktober fiel unser Genosse

Paul Fromm
Finkenstr. 10.
Sozialdemokrat. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Altkämpfer

Franz Trotzky
(Krautstraße 33)
am 2. Dezember an Herzschlag gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Paul Gärtig
(Alberstraße 66)
am 1. Dezember an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 4. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf-Best aus statt.

Ehre ihrem Andenten!
Hohe Beteiligung erwartet
129/16 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.

Am 1. Dezember verstarb unsere Parteigenossin

Hedwig Gerecke
Kopffstr. 27, 18. Bezirk.

Ehre ihrem Andenten!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neufeldener Gemeindefriedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
245/3 **Der Vorstand.**

Am 25. Oktober fiel auf dem Schlachtfeld im Osten unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Graveur

Ernst Jacob.

Er war ein treuer, liebevoller Mitarbeiter und wird uns durch sein ruhiges und kollegiales Benehmen stets in Erinnerung bleiben.

Wäge ihm die ferne Erde leicht sein.
99A

Das Personal
der Firma R. Heilmann u. Co.,
Pankow, Berliner Str. 13.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Emil Primus
Strahmannstr. 23,
im Alter von 31 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

94/6 **Die Ortsverwaltung.**

Am 1. Dezember verstarb unser langjähriger Kollege

Franz Karow.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kieholzstraße, statt.

500B

Die Angehörigen
der Detachmentsklasse der Tischler
und Pianoarbeiten Berlin.

Gesangverein Neu-Erwacht.

Wahrhaft und fern von der Heimat seien im blühenden Alter unsere Sangesbrüder

Max Friedrich
und
Erich Blum.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenten bewahren.
53/8 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein d. Schmiede u. verwandten Gewerbe Deutschlands.
Zahlstelle Berlin 9.

Nachruf.

Am 25. November verstarb plötzlich durch Unfall unser Mitglied und Kollege

Max Blume
Kuffenstr. 11. 200/15

Ehre seinem Andenten!

Am Dienstag, den 1. Dezember 1914 starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater, der Kassenbeamte

Franz Karow
im 69. Lebensjahre. 82

Im Namen der Hinterbliebenen

Lulise Karow,
Zalkenberg bei Gilmau.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kieholzstraße, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Alt-Gliencke.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Franz Karow
(Gartenstadt Wajzenhof)
am Dienstag früh verstorben ist.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Kieholzstraße, statt.

Um rege Beteiligung bittet
196/7 **Der Vorstand.**
Treffpunkt 2 Uhr an der Gleisstr.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß unser Kollege, der Flaschenkellerarbeiter

Friedrich Rundmann
(Zahnheilpraktiker, Abt. 6)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung erfolgt heute nachmittags 3 Uhr von der Halle des Bus-Kirchhofes in Reinickendorf-Best aus.

44/17 **Hohe Beteiligung erwartet**
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer
Filiale Berlin.

Wart dem Schlachtfeld im Westen fiel am 20. August unser Mitglied

Franz Halbig.

Im Osten fiel am 8. Oktober unser Mitglied

Artur Schulz.
178/17

Ehre ihrem Andenten!
Die Ortsverwaltung.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Dervenkonfektionsarbeiter, Kollege

Gustav Markus
am 1. Dezember im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäuskirchhofes, Weissenhof, Falkenberger Weg, aus statt.

165/4 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).

Nachruf.

Am 27. November verstarb unser Mitglied, der Steindrucker

Gustav Deminatus
im Alter von 28 Jahren an Lungenkrankheit.

Ferner verstarb am 20. November unser Mitglied, der Steindrucker

Hermann Lück
im Alter von 49 Jahren infolge einer Genenentzündung.

Wir werden beiden Kollegen ein ehrendes Andenten bewahren!

106/2 **Die Verwaltung.**

Unser Jugendgenosse

Leopold Jeetze

fiel, ein Opfer des Selbstmordes, auf einem Schlachtfeld im Westen. Dem langjährigen Freunde gedenkt ehrend die

290/16 **Neuköllner Arbeiterjugend.**

Als Opfer des Krieges fiel im Westen unser lieber Freund und Kollege

592B **Ernst Kirhhübel.**

Wir werden ihm ein ehrendes Andenten bewahren.

Die Kollegen
der Firma G. B. Goerz
(Hilf. Photo-Mechanik).

Arbeiter-Radfahrer-Bund
„Solidarität“.

In Erfüllung der traurigen Pflicht geben wir allen Mitgliedern bekannt, daß unser Bundesgenosse

Willi Weiß
in den Kämpfen im Westen am 11. November sein Leben fürs Vaterland hingegen hat. 12/8

Ehre seinem Andenten!
Die Mitgliederversammlung von Ober-Schöneweide.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Auguste Henkegeb. Göttske** sagen wir allen Mitgliedern des Wahlvereins Köpenick, sowie den Kollegen und Kollegen der Firma Besta, Berlin, Kommandeur Str. 29, unseren aufrichtigen Dank.

591B **Fritz Henke und Kinder.**

Für alle Kranken und Schwachen.

Die große, erfolgreiche Verwendung, welche zurzeit das einigartige Kräftigungsmittel „Biston“ in Lazareten, Krankenhäusern, durch Krankenkassen usw. für Vermundete, Erschöpfte, Erkrankte, Blutarmer, Nervöse, sowie nach großen Blutverlusten, Nervenkrankheiten, in der Retonaleszenz, bei Magen- und Darmkrankheiten, Ernährungsstörungen usw. finden wird, ist in der Wirkamkeit dieses blutbildenden Kräftigers begründet. Biston hat dreimal soviel Nährkraft wie Fleisch und wird nach Professor von Noorden ebenso gut wie dieses ausgenutzt. Geschmack und Zubereitung wie Kalaf, Biston ist in großen Paketen in Apotheken, Drogerien erhältlich zum Preise von Mk. 3.—, und wird von keinem anderen ähnlichen Mittel in seinen kräftigenden, belebenden Eigenschaften und seiner Billigkeit übertroffen. Verlangen Sie vom Bistonwert Frankfurt/Main, 40. Gratisprobe u. Broschüre P.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Dervenkonfektionsarbeiter, Kollege

Alfred Meister
am 2. Dezember im 33. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Reinickendorf, aus statt.

165/4 **Die Ortsverwaltung.**

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Kura- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. 11-2 u. 5-8, Sonnt. 9-10.

Seal imit.

in Seide, Mohr 10.—, 15.—, 20.—
Mr.

Damen-Kostüm u. 3.—, 4.—, 5.—
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, gegenüber d.
Petrikirche.

Knabenanzüge

Wasser, Sجاد, einzelne Hosen
am billigsten
direkt in der Spezialfabrik
„Prüfungs Knabenbekleidung“
50 Andreasstr. 50, 1. Etage.
Rein Baden.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Schnupfer!

achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstabak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.W.Z. 10652.

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabako do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Zimmer noch Pichelswerder,
an der neuen
Deerkrone beim Alten Freund